Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 163. **Bromberg, Freitag den 18. Juli 1930.** **54. Jahrg.**

Brüning regiert ohne Reichstag.

Das Parlament lehnt die Vorlage der Regierung ab. — Die Regierung zieht sich auf Art. 48 zurück. — Sie erhält trotzdem kein Mißtrauensvotum. — Der Reichstag will sich nicht auflösen. — Aber er lehnt das Amnestiegesetz ab.

Die gescheiterte Amnestie.

Berlin, 17. Juli. Die Ungewißheit über das parlamentarische Schicksal des Deckungsprogramms und des Reichstages hatte auch zu der gestrigen Sitzung des Reichstages wieder große Scharen von Zuschauern herbeigelockt. Die Wandelhalle bot schon lange vor Beginn der Sitzung das Bild eines aufgeregten Durcheinander.

Die Sitzung begann mit einer peinlichen Überraschung, und zwar bei der Entscheidung über **den Einspruch des Reichsrats gegen die Befreiungsamnestie,** der als erster Gegenstand auf der Tagesordnung stand. **Für die Zurückweisung des Einspruchs wurden nur 296 Stimmen abgegeben, gegen die Zurückweisung 146.** Acht Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei und zwei demokratische Abgeordnete enthielten sich der Stimme, und diese Stimmenthaltung gab den Ausschlag.

Da zur Zurückweisung von Einsprüchen des Reichsrats eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, hätten nicht 296, sondern 301 Stimmen gegen den Einspruch abgegeben werden müssen. Die Zweidrittelmehrheit ist also — im Gegensatz zu der Annahme des ursprünglichen Amnestiegesetzes — diesmal nicht zustandegekommen, und die Amnestie selbst ist vorläufig entsprechend dem von Preußen veranlaßten Einspruch des Reichsrats gescheitert. Der Eindruck dieser Abstimmung in parlamentarischen Kreisen war sehr groß, besonders von den Abgeordneten der besetzten Gebiete hörte man lebhafte Äußerungen des Unwillens.

Das abgelehnte Deckungsprogramm.

Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten schritt dann der Reichstag zur Abstimmung über den Art. 2 der Deckungsgesetze. Von 460 anwesenden Abgeordneten stimmten 256 dagegen und nur 204 für diesen Artikel. Gegen die Regierungsvorlage stimmten die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse erhob sich der Reichskanzler, um eine Erklärung abzugeben. Er konnte aber fast eine Minute lang nicht zu Worte kommen, weil die Kommunisten im Chor immer wieder riefen „Abtreten!" „Schluß Herr Reichskanzler!" usw. Als der Kanzler sich endlich Gehör verschaffen konnte, sprach er nur einen einzigen Satz: „Namens der Regierung habe ich zu erklären, daß sie auf die Fortführung der Verhandlungen keinen Wert mehr lege." Der Kanzler sprach dies mit gerötetem Kopf und in sichtlicher Erregung. Diese Erklärung bedeutet, daß die Deckungsvorlagen auf Grund des Art. 48 der Verfassung zum Gesetz erhoben werden sollen.

Reichstagspräsident Loebe verkündete darauf, daß damit nicht nur die Vorlage der Regierung, sondern auch die mit ihr verbundenen Anträge zurückgezogen seien, bis auf den Antrag der Wirtschaftspartei, daß der Reichstag dem Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages empfehlen solle und den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Regierung. Die Wirtschaftspartei blieb mit ihrem Auflösungsbegehren fast allein. Nur die Nationalsozialisten leisteten noch Gefolgschaft. Alle übrigen Parteien, auch die Kommunisten blieben sitzen.

Über den Mißtrauensantrag der Kommunisten wurde namentlich abgestimmt. Das Abstimmungsergebnis über diesen kommunistischen Antrag war: 244 Abgeordnete stimmten mit Nein, 59 mit Ja, bei 151 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten.

*

Der Kanzler beim Reichspräsidenten.

Gestern vormittag, als das Schicksal des Deckungsprogramms noch ungewiß war, empfing Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die politische Lage. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler die ihm schon früher erteilten Vollmachten erneut bestätigt hat. Sie gehen dahin, das Deckungsprogramm, falls sich im Reichstag keine Mehrheit dafür findet, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen.

Der Reichskanzler hat ferner die Vollmacht erhalten, falls der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung der auf Grund des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen annehmen sollte, den Reichstag unverzüglich aufzulösen. Die Auflösungsermächtigung gilt auch für den Fall, daß ein Mißtrauensvotum angenommen werden sollte. Sie gilt schließlich für alle Fälle, in denen bedeutsame politische Ereignisse eine solche Maßregel nötig machen sollten.

Unter der letzten Ermächtigung ist zu verstehen, daß der Reichskanzler den Reichstag auflösen kann, sobald auch nur die Gefahr besteht, daß ein Antrag, die Notverordnungen aufzuheben, angenommen werden könnte.

*

Die nächsten Schritte.

Berlin, 17. Juli. (PAT) Im Zusammenhange mit der Ablehnung des Deckungsprogramms durch den Reichstag traten gestern abend unmittelbar nach der Abstimmung die Reichsminister unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, um sich über die Schritte schlüssig zu werden, die nun zu unternehmen sind. Nach Meldungen aus informierten Kreisen wird sich der weitere Verlauf der Ereignisse wahrscheinlich wie folgt gestalten:

Nach der Einigung über die Form des Dekrets, sowie über die Art, durch die das Dekret Gesetzeskraft erlangen soll, wird sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten begeben, um die Bestätigung des Dekrets zu erlangen. Bis jetzt ist noch nicht bekannt, ob der Reichstag nach Anwendung dieses Dekrets die Ablehnung des auf Grund des Art. 48 durchgeführten Gesetzes fordern wird. Sollte dies erfolgen, so wird das Parlament aufgelöst werden, wozu der Reichskanzler bereits die Ermächtigung in der Tasche hat. In Regierungskreisen wird die Tatsache unterstrichen, daß im Falle der Auflösung des Reichstages alle anderen Vorlagen, im besonderen das Hilfsgesetz für die Ostprovinzen, bis zum erneuten Zusammentritt des Reichstages vertagt werden müßten. Es würde sich in diesem Falle um einen Druck auf die Rechtsopposition handeln, die eine rasche Erledigung des Hilfsgesetzes dringend fordert. (Selbstverständlich kann das Osthilfegesetz gleichfalls ohne Parlament auf dem Wege der Notverordnung verkündet werden. Es muß dann nur dem neuen Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden. D. R.)

*

Berlin, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In parlamentarischen Kreisen ist das Hauptinteresse der Frage zugewandt, welches Schicksal die Notverordnungen haben werden. Man rechnet damit, daß die sozialdemokratische Fraktion ihren Aufhebungsantrag noch heute einbringen wird. Ebenso ist von den Sozialdemokraten ein neuer Mißtrauensantrag gegen das Kabinett zu erwarten. Ungeklärt ist, wie sich die Deutschnationalen gegenüber den Notverordungen verhalten werden. Die Deutschnationale Fraktion tritt um 11 Uhr zusammen, um sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Auch das Zentrum und die Demokraten halten Beratungen ab.

Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß es zu einer Aufhebung wenigstens der Verordnung, die die eigentliche Deckungsvorlage enthält, nicht kommen wird. Anderer Auffassung ist man in der Frage der Schankverkehrssteuer, die bei einigen Parteien großen Unwillen hervorgerufen hat. Unbedingt ist damit zu rechnen, daß die Wirtschaftspartei diese Notverordnung ablehnen wird. Auch die Sozialdemokraten dürften für eine Ablehnung stimmen, obgleich sie dieser Steuer nicht unfreundlich gegenüberstehen. Sie sind jedoch grundsätzlich gegen den Erlaß der Notverordnung. Unsicher ist, welche Konsequenz die Regierung aus der Ablehnung der Steuer ziehen wird. Man bezweifelt, daß die Aufhebung die Auflösung des Reichstages zur Folge haben wird. Es ist möglich, daß die Aufhebungsanträge schon in der morgigen Sitzung zur Beratung kommen.

Wahrscheinlich wird sich auch der Ältestenrat, der ebenfalls um 11 Uhr zusammengetreten ist, mit dieser Frage beschäftigen. Gleichzeitig wird der Ältestenrat den Arbeitsplan des Reichstages festlegen. Es besteht die Absicht, unter allen Umständen in dieser Woche die Tagung abzuschließen. Heute kommen im Reichstag das Osthilfe-Gesetz, dann die Kriegsbeschädigten-Novelle und die sozialen Vorlagen zur zweiten Beratung.

Artikel 48.

Rechtsfragen der verfassungsmäßigen Diktatur.

Seit Verhandlungen um den Etat geführt werden, und zwar nicht nur um den Nachtragsetat, sondern schon seit April, spielte man mit dem Gedanken, den Artikel 48 der Reichsverfassung in Anwendung zu bringen. Er lautet:

> „Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.
>
> Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichen Falles mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.
>
> Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.
>
> Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.
>
> Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz."

Obwohl im Absatz 5 des Artikels 48 eine reichsgesetzliche Regelung vorgesehen ist, die bisher noch nicht erfolgte, schafft nach der heute allgemein geltenden Auffassung der Artikel 48 Abs. 2 geltendes Recht. An sich werden durch diesen Artikel der Reichsverfassung zwei verschiedene Dinge geregelt, und zwar in Absatz 1 die Reichsexekution gegen Länder, die ihre Pflicht nicht erfüllen, während in den folgenden Absätzen die Bekämpfung ungewöhnlicher Störungen oder Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit durch außergewöhnliche Befugnisse des Reichspräsidenten eine gesetzliche Grundlage finden. Bei den Etatverhandlungen ging es selbstverständlich nicht um die Reichsexekution, sondern um die Diktaturgewalt. Die Reichsexekution richtet sich stets nur gegen ein Land als solches. Von der Diktatur werden alle betroffen: Privatpersonen, aber auch die Länder und Organe. Eine Streitfrage bildet es, ob bei einer Diktatur die Reichsverfassung als solche gewahrt bleiben muß, mit Ausnahme der in Absatz 2 aufgezählten Grundrechte, wie z. B. die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung, Brief-, Post-, Telegraphengeheimnis, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Zensurfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsfreiheit und der Schutz des Privateigentums. Bei der praktischen Durchführung eines Ausnahmezustandes wird es jedoch nicht möglich sein, mit der Aufhebung dieser Grundrechte auszukommen, so wird mit Recht zitiert, daß auch der Artikel 105 zweifellos aufgehoben werde. Er lautet: Ausnahmegerichte sind unstatthaft; niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.

Zu den Maßnahmen im Sinne der Absätze 2 und 4 des Artikels 48 schreibt der bekannte Staatsrechtslehrer Gerhard Anschütz in seinem Kommentar der Reichsverfassung:

> „Es kommen zunächst Vorkehrungen und Eingriffe tatsächlicher Art in Betracht. Hierher gehört vor allem das durch Absatz 2 ausdrücklich zugelassene Einschreiten mit Hilfe der bewaffneten Macht, also der Reichswehr, welches zwar nur erforderlichen Falles, aber sobald erforderlich auch mit allen der bewaffneten Macht zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen kann.
>
> Sodann fallen unter den Begriff der Maßnahmen auch Rechtshandlungen, die ... als Verfügungen und Verordnungen zu bezeichnen sind. Durch solche Verordnungen kann alles vorgeschrieben oder verboten werden, wofür ein einfaches, nicht verfassungsänderndes Reichsgesetz erforderlich und ausreichend ist."

Die von uns angeführte von Karl Schmidt vertretene Ansicht, daß die Diktaturgewalt auch durch andere als die im Absatz 2 aufgezählten Verfassungsbestimmungen nicht geändert sei, lehnt Anschütz ab. Er ist der Meinung, daß sich die Diktaturgewalt über keine anderen als die sieben Grundrechte hinwegsetzen kann.

Das Regieren mit Artikel 48 der Reichsverfassung kann tatsächlich auf alle Fälle nur innerhalb eines beschränkten Zeitraumes erfolgen. So bald wie angängig muß die Reichsverfassung wieder voll in Kraft gesetzt werden.

Brauns Antwort an Hindenburg.

Der **Preußische Ministerpräsident Braun** hat unter dem 15. Juli an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Antwortschreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern ersehen, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preußischen Gebiet nunmehr von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V., abhängig machen. Ich empfinde dies um so schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermieden sehen würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelm in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr Preußische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelm gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen dieser Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr Preußische Minister des Innern zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelm in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen würde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelm bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würden. Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der

Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelm auf Grund seiner bisherigen Haltung berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelm auf das Schreiben des Herrn Preußischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelm in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) zuwiderlaufe, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzmäßig zuständigen Stellen Preußens und des Reiches übereinstimmend das Verbot auf Grund einwandfreien und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelm für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen, falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gesetzmäßigkeit seines zukünftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgäbe und damit von sich aus das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räumte.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegengestellt haben, noch zu beheben, und daß es der Bevölkerung des preußischen Gebiets vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung

Ihr sehr ergebener

gez. Braun."

*

Die Forderungen an den Stahlhelm.

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht neben dem Brief des Innenministers Dr. Waentig an den Stahlhelm, die Erklärung, deren eigenhändige Unterschrift durch Seldte und Duesterberg Herr Waentig fordert. Die Bundesführer sollten folgendes unterschreiben:

„Die unterzeichneten beiden Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, geben hiermit namens des von ihnen vertretenen Bundes der Preußischen Staatsregierung gegenüber die folgende Erklärung ab:

1. Die Bundesführer des Stahlhelm, B. d. F., bestreiten nicht mehr, daß die Vorgänge, die zu der Auflösung des Stahlhelm, B. d. F., in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen durch Verfügung des Preußischen Ministers des Innern vom 8. 10. 1929 geführt haben, eine nach dem Gesetz vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) verbotene Befassung mit militärischen Dingen darstellten.

2. Die Bundesführer des Stahlhelm, B. d. F., geben hiermit die nachdrückliche Versicherung ab, daß eine den Vorschriften des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. S. 235) zuwiderlaufende Betätigung, namentlich auch die Ausbildung und Übung der Mitglieder im Waffenhandwerk und im Gebrauch von Kriegswaffen, sowie die Veranstaltung solcher oder ähnlicher Übungen, wie sie zu der Auflösung vom 8. 10. 1929 Anlaß gegeben haben, im Stahlhelm verboten ist. Der Stahlhelm, B. d. F., wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß dieses Verbot restlos befolgt wird, und daß Mitglieder, die dem Verbot zuwiderhandeln, ohne weiteres aus dem Bunde ausgeschlossen werden.

3. Die Bundesführer werden dafür Sorge tragen, daß im Falle der Wiederzulassung des Stahlhelms in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen an die Spitze neu zu bildender Landesverbände und Unterorganisationen nur Personen gestellt werden, die die Gewähr dafür bieten, daß die Anordnungen und Zusicherungen der Bundesführung wirklich befolgt werden."

*

Ablehnende Antwort des Stahlhelm.

Der Stahlhelm hat auf diese Forderungen am 15. Juli 1930 an den preußischen Innenminister folgendes geantwortet:

„Das Schreiben vom 14. Juli 1930 II 1420 b 39 habe ich erhalten und den beiden Herren Bundesführern vorgelegt. **Die Bundesführer sind indes nicht in der Lage, die von Ihnen vorgeschlagene Erklärung in ihrem Wortlaut zu unterzeichnen.** Insbesondere haben sie Bedenken gegen die Fassung des Punktes 1, weil sie sich dadurch selbst Lügen strafen würden. Wir können von unserer der Wahrheit entsprechenden Ansicht, daß es sich bei der Veranstaltung am 21. und 22. September 1929 im Raume von Werden-Kupferdreh, Langenberg und Kettwig-Velbert-Newigen um keine im Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 und seiner Ausführungsbestimmungen verbotene militärische Beschäftigung gehandelt habe, nicht abgehen.

Sonst würde für die Zukunft polizeilichen Verwaltungsmaßnahmen, gegen die es keine Berufung auf richterliche Entscheidung gibt, Tür und Tor geöffnet werden mit dem Hinweis darauf, daß schon diese Veranstaltung auch vom Stahlhelm selbst als „militärisch" anerkannt worden sei. Zudem möchten wir auch den bloßen Anschein vermeiden, als ob wir bereit wären, um der Wiederherstellung unserer Verbände willen eine Schuldlüge auszusprechen.

Die Erklärung, die wir abzugeben bereit sind, haben wir in unserem Briefe vom 23. Juni 1930 an den Herrn Reichskanzler genannt.

gez. Wagner, Bundeskanzler."

*

Preußen lenkt ein.

Der Preußische Minister des Innern hat daraufhin unter dem Eindruck des Hindenburg-Briefes an Braun am Morgen des 16. Juli an das Bundesamt des Stahlhelm folgendes Schreiben gerichtet:

„Dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, bestätige ich ergebenst den Eingang des Schreibens vom 15. Juli 1930. Ohne schon jetzt zu den Ausführungen Ihres Schreibens im einzelnen Stellung zu nehmen, halte ich nunmehr die Möglichkeit für gegeben, **zu einer Verständigung zu kommen**, und stelle Ihnen anheim, noch im Laufe des heutigen Tages bevollmächtigte Vertreter der Bundesführung nach vorheriger fernmündlicher Vereinbarung mit meinem Sachbearbeiter über den Zeitpunkt der Erörterung zu mir zu entsenden."

Die Verhandlungen wurden am Mittwoch nachmittag begonnen. Man war schon bei ihrem Beginn allgemein der Auffassung, daß sich die Preußische Regierung nunmehr doch zu einer Aufhebung des Verbots in kürzester Frist bereitfinden und daß hierbei ein Weg gefunden wird, der das von der Preußischen Regierung bisher geforderte „Schuldbekenntnis" vermeidet.

*

Der Reichspräsident läßt durch die zuständige Stelle mitteilen, daß im Gegensatz zu der Behauptung des preußischen Ministerpräsidenten, über die Bedingung des Reichspräsidenten für die rheinische Reise nicht unterrichtet gewesen zu sein, alle Beteiligten hätten seit der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Schloß Neudeck, also seit dem 4. Juli, unbedingt darüber unterrichtet gewesen sein müssen, daß der Reichspräsident ohne Aufhebung des Stahlhelmverbotes die Reise in die rheinischen geräumten Preußengebiete nicht antreten werde. Der Reichspräsident legt weiter Wert auf die Feststellung, daß ihn keinerlei politische Motive bei seinem Schreiben geleitet hätten.

Das Stahlhelmverbot aufgehoben!

Trotzdem ist Hindenburgs Fahrt an den preußischen Rhein noch zweifelhaft.

Berlin, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern ist es zwischen dem preußischen Innenminister und den Stahlhelmführern zu einer Verständigung gekommen, auf Grund deren noch heute die Aufhebung des Stahlhelmverbots veröffentlicht werden wird. Das Zustandekommen der Verständigung wird der Intervention des Reichspräsidenten von Hindenburg zugeschrieben, da man auf diese Weise die Gründe beseitigen wollte, die den Reichspräsidenten veranlaßten, seine Teilnahme an den Feierlichkeiten im preußischen Rheinland abzusagen.

Trotz dieses Einlenkens der Preußischen Regierung in der Frage des Stahlhelmverbots steht die Reise des Reichspräsidenten von Hindenburg nach Rhein-Preußen nach den gestrigen Ereignissen im Reichstag noch immer nicht fest. Der Reichspräsident hatte bekanntlich gewünscht, daß die Befreiungsfeiern von der Verkündung der **Amnestie für politisch Verurteilte** (Kommunisten und Nationale, darunter die sogenannten Fememörder) begleitet sein müßten. Der Reichstag hatte zunächst das Amnestiegesetz mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Dann hatte es der Reichsrat auf preußischen Antrag knapp abgelehnt, so daß der Gesetzentwurf von neuem dem Reichstag zur Beschließung durch eine qualifizierte Mehrheit vorgelegt werden mußte. Bei der gestrigen Abstimmung im Reichstag fehlten an dieser Mehrheit fünf Stimmen, so daß das Amnestiegesetz damit gefallen ist.

Es soll zwar ein neuer Amnestie-Entwurf eingebracht werden, da man der Meinung ist, daß es nicht angängig wäre, die landesverräterischen Separatisten zu begnadigen, dafür aber andere politische Vergehen weiterhin mit Gefängnis zu sühnen, die zum Teil viel weiter zurückliegen und aus ideellen Motiven, ja sogar aus Besorgnis um den Bestand des Reiches begangen wurden. Die Abstimmungen über den neuen Amnestie-Entwurf können jedoch nicht vor dem für die Befreiungsfeiern festgesetzten Termin stattfinden.

Da die Sozialdemokraten, die sonst immer warme Befürworter jeder Amnestie sind, das vom Reichspräsidenten ausdrücklich gewünschte Gesetz mit Hilfe der Preußischen Regierung abgelehnt haben, und voraussichtlich zu der geplanten neuen Vorlage die gleiche Einstellung mitbringen werden, wird in politischen Kreisen dieses Vorgehen als ein Affront gegen den Reichspräsidenten aufgefaßt.

In seinem Brief an den preußischen Ministerpräsidenten Braun, der vor der entscheidenden Amnestie-Abstimmung abgefaßt und abgesandt wurde, hatte der Reichspräsident auf dieses Moment noch keinen Bezug genommen, weil er immer noch hoffte, daß sich für die Amnestie-Vorlage der Regierung eine qualifizierte Mehrheit im Reichstag finden würde.

*

Der Stahlhelm dankt.

Die Führung der aufgelösten Stahlhelmgruppen richtete an den Reichspräsidenten das folgende Telegramm: „Euer Exzellenz bitte ich, im Namen der nationalen Frontsoldaten-Bewegung vom Industriegebiet und Rheinland aufrichtigen und ehrerbietigsten Dank für das Eintreten für unsere gerechte Sache und für die den Frontsoldaten bewiesene Treue aussprechen zu dürfen. Ungezählte deutsche Männer weit über unsere Reihen hinaus stehen hinter Euer Exzellenz in dem Kampf um eine von Parteiherrschaft unabhängige Staatsführung. Wir Frontsoldaten werden in einem solchen Kampf das Vertrauen unseres alten Führers auf unsere uneigennützige Hingabe an Volk und Vaterland wie bisher rechtfertigen. Dank und Gelöbnis hoffen wir Euer Exzellenz in Mainz aussprechen zu können.

gez. Mahnken."

Italien beschuldigt die Schweiz.

Neapel, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der italienischen Presse hat die Italienische Regierung bei dem schweizerischen Gesandten in Rom deshalb, weil der Flieger Bassanci im Tessin aufgestiegen ist, in sehr scharfen Worten Protest erhoben! Der Mangel an Aufmerksamkeit der schweizerischen Polizei habe den Propagandaflug ermöglicht. Die Tessiner Zeitung „Libera" meldet, daß italienische Geheimagenten aus Rom im Tessin eingetroffen seien, um auf eigene Faust eine Untersuchung im Falle Bassanci vorzunehmen. Im Bundeshause wird erklärt, daß gegen diese Untersuchungen solange nichts unternommen werden könne, als die Agenten keine polizeilichen Handlungen vornehmen.

Mißtrauensantrag gegen Macdonald.

London, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Konservativen haben im Unterhause einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht, in dem sie fordern, zur englisch-indischen Konferenz nicht allein die Vertreter der Regierung, sondern auch Vertreter der beiden **oppositionellen politischen Parteien zuzulassen. Die Regierung Macdonalds besteht jedoch auf ihrem Standpunkt,** daß nur sie allein für das Ergebnis der Verhandlungen verantwortlich sei. **Das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag hängt davon ab, wieviel Liberale ihn unterstützen werden.**

Das Organ der Arbeitspartei „Daily Herald" versichert, daß Macdonald im Falle eines für die Regierung ungünstigen Abstimmungsergebnisses über den Mißtrauensantrag entschlossen sei, dem König die Demission des Kabinetts vorzulegen.

Amerikanische Kriegsschiffe in Danzig.

Danzig, 15. Juli. (PAT.) Gestern früh sind auf der Danziger Reede die amerikanischen Schiffe „Champlain" und „Mondetta" eingetroffen, die der amerikanischen Kriegsflotte angehören, welche vor kurzem eine Fahrt auf der Ostsee angetreten hatte, um vor allem die Frage der Bekämpfung des Alkoholschmuggels kennen zu lernen. Der Kommandeur der beiden Schiffe, Kapitän Hamlet, stattete dem Senatspräsidenten der Freien Stadt, dem Völkerbundkommissar, dem Generalkommissar der Republik Polen, sowie dem Präsidenten des Hafenrats Besuche ab. Nachmittags erfolgten die Gegenbesuche auf Deck eines amerikanischen Schiffes. Ferner wurden Besuche ausgetauscht zwischen Kapitän Hamlet und dem Kommandeur des im Danziger Hafen stationierten polnischen Schiffes „Kommandant Pilsudski".

Die Anwesenheit der amerikanischen Schiffe in Danzig hat inoffiziellen Charakter.

Marschall Pilsudski in Wilna.

Wilna, 17. Juli. Am Mittwoch weilte Marschall Pilsudski inkognito in Wilna, wohin er mit dem Auto aus dem 17 Kilometer entfernten Pikielischki gekommen war. Wie der „Kurjer Poranny" aus der nächsten Umgebung des Marschalls erfährt, gibt sich der Marschall in Pikielischki vollkommen der Erholung hin. Er empfängt niemand, ist meistens zu Hause mit der Familie, oder macht zu Fuß Ausflüge in die weitere Umgebung. Seine beliebteste Zerstreuung ist der Fisch- und Krebsfang in einem Teich in Pikielischki, wo er persönlich die Netze auswirft. Nach Wilna kommt der Marschall alle paar Tage, jedoch nur für einige Stunden.

*

Enthüllung eines neuen Pilsudski-Denkmals.

Bialystok, 17. Juli. (PAT.) In der an der Grenze gelegenen Ansiedlung Filipowo hat am Sonntag die Enthüllung und Einweihung eines Denkmals für Marschall Pilsudski stattgefunden. Die Polnische Telegraphen-Agentur unterstreicht die Tatsache, **daß an dieser Feier auch eine masurische Delegation aus Ostpreußen teilgenommen habe.**

Deutsches Reich.

Neue Eisenbahnlinie in Ostpreußen.

Königsberg, 16. Juli. Auf Grund des neuen Gesetzes über das Ostprogramm soll in der nächsten Zeit mit dem Bau einer neuen Eisenbahnlinie von Heiligenbeil über Zinten nach Pr. Eylau begonnen werden. Die Länge der neuen Linie beträgt 53,4 Kilometer und die Baukosten sollen 21 Millionen Reichsmark betragen.

Der oldenburgische Ministerpräsident ist gestorben.

der oldenburgische Ministerpräsident von Finckh ist am 13. Juli in St. Blasien einem Lungenleiden erlegen. Der Verstorbene stand im 71. Lebensjahre und war seit sieben Jahren oldenburgischer Ministerpräsident. Das Staatsbegräbnis findet Freitag oder Sonnabend in Oldenburg statt. Das Rumpfkabinett wird wahrscheinlich zurücktreten, so daß der Landtag einberufen wird, um eine neue Regierung zu wählen.

Professor Ludwig Stein †.

Der bekannte Soziologe und Herausgeber der Zeitschrift „Nord und Süd", Professor Ludwig Stein, ist im 71. Lebensjahre am 14. Juli in Berlin unerwartet gestorben.

Manöver der deutschen Flotte in der Ostsee.

Berlin, 15. Juli. An den diesjährigen Manövern der deutschen Kriegsflotte, die unter dem Kommando des Vizeadmirals Oldekop Ende August in der Ostsee stattfinden werden, nehmen vier deutsche Linienschiffe, und zwar „Schleswig Holstein", „Schlesien", „Hessen" und „Hannover", sowie der kleine Kreuzer „Königsberg" teil

Aus anderen Ländern.

Zwei Jahre Gefängnis für Pangalos.

Athen, 15. Juli. (PAT.) Eine spezielle Kommission des Senats, die als Staatsgerichtshof ins Leben gerufen wurde, verurteilte den ehemaligen Diktator Griechenlands, Pangalos, wegen der Mißbräuche, die er sich bei der Lieferung von Tuch für die Armee hatte zuschulden kommen lassen, zu zwei Jahren Gefängnis.

Wurde Mussolini operiert?

Das ungarische Blatt „Ujsag" meldet aus Bologna Mussolini sei in der vergangenen Woche einer Magenoperation unterzogen worden. Die Operation sei im Spital von Bologna durch Professor Nigroselli durchgeführt worden. Bei der Operation hätten zwei Professoren der Universitäten Rom und Florenz assistiert.

Das Blatt teilt mit, daß die Operation auf Wunsch Mussolinis geheimgehalten worden sei, weil man das Volk nicht ohne Not beunruhigen wolle. „Ujsag" erklärt, die Meldung aus durchaus verläßlicher Quelle bezogen zu haben. Eine Bestätigung der Nachricht liegt bisher von anderer Seite nicht vor.

Juliana und Sigvard.

Die Gerüchte über die Verlobung der Prinzessin Juliana von Holland mit dem zweiten Sohne des schwedischen Kronprinzen, dem 23jährigen Prinzen Sigvard, erhalten neue Nahrung durch die Abreise des holländischen Außenministers nach Norwegen, wo Königin Wilhelmina und Prinzessin Juliana sich gegenwärtig aufhalten. Auch der Hofmarschall des schwedischen Kronprinzen soll dorthin abgereist sein. Heute trifft Prinz Heinrich, der Prinzgemahl der Königin **Wilhelmina, auf der Rückreise von** Finnland in Stockholm ein.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 163.

Bromberg, Freitag den 18. Juli 1930.

Pommerellen.

17. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

× **Die Danzig-Pommerellische Radsportvereinigung** trug am letzten Sonntag in Danzig ihre Meisterschaft aus. Von den drei gefahrenen Meisterschaften gelang es dem hiesigen Sportklub, zwei zu erzielen. Außerdem konnte der Klub noch zwei Platzsiege erringen. Im einzelnen stellten sich die Ergebnisse wie folgt: 1-Kilometer-Fahren: 1. Bielitz-Graudenz 1.36 Min., 2. Golumski-Danzig 1.34.5, 3. Vogt-Konitz 1.38; 10-Kilometer-Fahren: 1. Laskowski-Graudenz 18.20, 2. Balewski-Graudenz 18.40, 3. Vogt-Konitz 19.20; 50-Kilometer-Fahren: 1. Golumski-Danzig 1 Stunde 36 Minuten, 2. Gröning-Danzig 1 Stunde 37 Minuten, 3. Gentzle-Graudenz 1 Stunde 40 Minuten. Von diesen drei Rennen war das über 1 Kilometer besonders scharf. Besondere Anerkennung verdient Gentzle-Graudenz, der, obwohl zum ersten Male bei Rennen gestartet, trotz schwerster Konkurrenz im 50-Kilometer-Fahren den dritten Platz errang. *

× **Ein Flugzeugunfall** ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch gegen 12 Uhr. Dienstag abend startete zu einem Fluge der große dreimotorige Eindecker des Typs Fokker, ein Fabrikat der Lubliner Flugzeugfabrik. Nach mehrstündigen Flügen landete der Apparat auf dem Gebiet des Flughafens, und zwar in der Nähe des Tuscher Weges. Infolge allzu steiler Landung gruben sich das Untergestell des Aeroplans, sowie die Propeller in den Erdboden, wobei diese Teile zerstört wurden. Dagegen blieben der Rumpf des Flugzeuges, die Flügel und die Motoren unbeschädigt. Von der Besatzung des Apparats wurde zum Glück niemand verletzt. *

× **Warnung vor unehrlichen Sammlern!** Von der Polizei ist eine von einem Arbeitslosen Michelski, innegehabte Sammelliste beschlagnahmt worden. Die Liste trägt einen Stempel des Starostwos, der, wie die Behörde mitteilt, gefälscht ist. Auf der achtseitigen Liste, mit der für die Arbeitslosen gesammelt worden ist (das Geld soll indes diesem Zwecke nicht zugeführt, sondern eigennützig angelegt worden sein), sind Beträge bis zu 30 Złoty, die von Firmen und Einzelpersonen gespendet wurden, verzeichnet. Insgesamt sind es mehrere hundert Złoty. Infolge dieses Falles muß wieder von neuem darauf hingewiesen werden, daß, wer für die Arbeitslosen seine milde Hand auftun will, dies lediglich bei dem beim Magistrat bestehenden Komitee bewirken möge. Sonst läuft der Geber Gefahr, daß sein Vertrauen mißbraucht wird. *

× **Versehen oder Absicht?** Am Dienstag meldete sich bei der Polizei der in Mischke (Mniszek), Kreis Graudenz, wohnhaften Stanisław Hepner, mit einem Browning in der Hand, und gab an, daß er einen Einwohner von Mischke, namens Józef Zeglarek, erschossen habe. Die Polizei stellte fest, daß Letztgenannter von H. nicht erschossen, wohl aber durch eine Revolverkugel ins Bein getroffen war. Z. wurde ins hiesige Krankenhaus gebracht. Der Beweggrund der Handlungsweise von H. ist bisher nicht bekannt geworden. *

× **Auf frischer Tat ertappt** wurde am Dienstag mittag ein Wohnungsmarder. Als zu der genannten Zeit die Ehefrau des Grabenstraße (Groblowa) 6 wohnhaften Schneidermeisters Skupiński von einem Ausgange heimkehrte, bemerkte sie, daß die Fronttür offen stand. Nach dem Betreten des Korridors hörte die Frau ein starkes Geräusch der sich bewegenden Tür des Nachbarzimmers. Erschreckt eilte Frau Sk. auf die Straße und erzählte ihre Wahrnehmungen ihrem Manne sowie Nachbarn. Schneidermeister Sk. eilte darauf in die Wohnung, in der er beim Eintritt sofort bemerkte, daß der stets auf dem Nachttisch liegende Browning fehlte. Weiter stellte er das Verschwinden von Schmucksachen fest. Böses ahnend, alarmierte er die Polizei. Bei der vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung fand man im Mädchenzimmer einen Mann auf dem Bett sitzend und die gestohlene Waffe in der Hand haltend. Der ungebetene Gast wurde sofort festgenommen. Er erwies sich als der 24jährige Stanisław Kalinowski, angeblich aus Thorn. Die entwendeten Sachen wurden ihm abgenommen und dem Eigentümer zurückgegeben, der Dieb aber dem Gericht überwiesen. *

× **Restaurationseinbrüche.** In der Nacht zum Mittwoch wurde in die Restaurationslokale von Wł. Wojciewski, Festungsstraße (Forteczna) 2, sowie von Jan Łaszewski, Culmerstraße (Chełmińska) 40 eingebrochen. Im ersteren Falle wurden Spirituosen, Zigarren und Zigaretten von nicht festgestelltem Werte, im anderen Falle Getränke im Werte von 308 Złoty gestohlen. *

× **Pferdeschweifräuber.** In Sellnowo (Zielnowo), Kr. Graudenz, wurden nicht weniger als 20 Pferden des Gutsbesitzers Schulz im Stalle die Schweife abgeschnitten und gestohlen. Die Täter haben sich durch Erbrechen des Stalltürschlosses Zugang zu den Tieren verschafft. *

Thorn (Toruń).

‡ **Straßenunfall.** Dienstag nachmittag überfuhr die Autodroschke Nr. 30, gesteuert von dem Chauffeur Kazimierz Czerwiński aus der Kloßmannstraße (ul. Krasińskiego) Nr. 93, in der Katharinenstraße (ul. św. Katarzyny) den radfahrenden Soldaten Feliks Michrowski vom hiesigen 63. Infanterie-Regiment. Der Soldat erlitt leichte Verletzungen an den Händen, während das Rad schwerer beschädigt wurde. Die Schuldfrage wird durch die Polizei geklärt. **

‡ **Leichenfund.** Beim Fischen in der Weichsel fand der in der Brückenstraße (ul. Mostowa) 14 wohnhafte Franciszek Kowalski in der Nähe des Bootshauses des Ruder-Vereins „Thorn" am Dienstag nachmittag die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts. Der kleine Leichnam wurde in das städtische Schauhaus gebracht und Ermittelungen nach der Mutter sofort aufgenommen. **

‡ **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum Dienstag brachen unerkannt entkommene Diebe in eine Wohnung ein, aus der sie verschiedene Flaschen Alkoholika in noch nicht festgestelltem Werte entwendeten. **

‡ **Zwei Verhaftungen.** Ein in Lowitsch wohnhafter Eisenbahner wurde am Dienstag durch die Thorner Polizei verhaftet, da er im Verdacht steht, der Frau Władysława Wachowcowa in Lowitsch eine schwere Körperverletzung zugefügt zu haben. — An demselben Tage wurde der ledige Chauffeur Josef Kniecial, wohnhaft Bäckerstraße (ul. Piekary) 43, verhaftet und gleichfalls der Staatsanwaltschaft übergeben. Er überfuhr mit seinem Auto die achtjährige Jadwiga Gorecka aus der Lindenstraße (ul. Kościuszki) 25, wobei das Kind einen Bruch des linken Beines sowie Kopf- und Gesichtsverletzungen erlitt. **

‡ **Der letzte Polizeibericht** verzeichnet die Festnahme dreier Trunkenbolde. **

Bestellungen

auf die

Deutsche Rundschau

werden von allen Postanstalten und den Briefträgern **angenommen.**

Dieser Bestellzettel für August 1930

ist ausgefüllt dem Briefträger oder dem Postamt zu übergeben.

Jede Postanstalt, auch Landbriefträger sind verpflichtet, diese Bestellung ausgefüllt entgegenzunehmen.

*)Na Sierpień-Wrzesień / Sierpień — Für August-September / August

Pan

Herr

Sztuk — Stck.	Tytuł gazety Benennung der Zeitung	Miejscowość wydawnictwa Erscheinungsort	Na czas (miesiąc) Bezugszeit Monate	Abonament Bezugsgeld Zł.	Należytość Postgebühr Zł.
1	Deutsche Rundschau	Bydgoszcz	2 1	10,— 5,—	0,77 0,39

Pokwitowanie. — Quittung.

.... Złoty zapłacono dziś.
Złoty sind heute richtig bezahlt worden.

.... dnia / den .... 1930.

*) Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.

‡ **Schwetz** (Świecie), 17. Juli. Unbekannte Einbrecher verschafften sich nach Einschlagen einer Fensterscheibe Eingang in den Laden von Wolf Heimann in Gacki hiesigen Kreises und stahlen Damen- und Herrenkonfektion im Werte von etwa 500 Złoty. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

f **Lessen** (Łasin), 16. Juli. Der Lessener Jugendverein feierte kürzlich zusammen mit anderen Vereinen sein Stiftungsfest im Garten des Gutsbesitzers Hoffmann-Plessen. Ein Märchenspiel, Volkslieder, Turnvorführungen, eine Würfelbude und ein Schießstand sorgten für Unterhaltung. An Kaffee und Kuchen, kaltem Büfett und Getränken konnte sich jeder gütlich tun. Der Besuch war zufriedenstellend.

h. **Soldau** (Działdowo), 16. Juli. Ein Gefangener entflohen. Als sich die Gefangenen auf dem Gefängnishofe befanden, gelang es dem Strafgefangenen Stanisław Jabłoński, unversehens über die Mauer zu entfliehen. Der Fluchtplan ist vorbereitet gewesen, denn auf der Außenseite der Mauer fand man eine Leiter, deren sich der Flüchtling bediente. Zu bemerken ist, daß J. nach einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen werden sollte. — Im Bielutter Walde konnten wiederum die Schmuggler Elsen Wielichowski und Simon Szczepaniak aus Mława mit 50 Kg. geschmuggeltem Tabak gefaßt werden.

p **Neustadt** (Wejherowo), 15. Juli. Vor der Strafkammer hatte sich der 26jährige Arbeiter Franz Stefanski wegen verschiedener Diebstähle zu verantworten. In Gdingen wohnhaft, machte er im April d. J. einen „Ausflug" nach Sierakowitz, Kreis Karthaus, und kaufte dort ein gestohlenes Fahrrad für 64 Złoty. Er wußte, daß es sich hierbei um Diebesgut handelte. Im Mai wurde bei dem Kaufmann Karras in Gdingen ein Einbruchsdiebstahl verübt; es verschwanden zwei Paletots, ein Anzug u. a. Letzterer wurde bei dem Angeklagten vorgefunden. Er will die Sachen in einem leerstehenden Zuge gefunden haben. Den Kauf des Rades gibt er zu. Auf Grund der Aussagen des Zeugen Karras und eines Polizeibeamten erhielt der Angeklagte sieben Wochen Gefängnis als Gesamtstrafe mit Anrechnung der Untersuchungshaft. — Dem 21jährigen Arbeiter Stanisław Swiderek in Gdingen werden ebenfalls verschiedene Diebstähle, die er im April und Mai begangen hat, zur Last gelegt. Er wohnte bei dem Barackeneigentümer Josef Golumski als „Arbeitsloser", bei dem er das Gestohlene niederlegte, das sodann zu Geld gemacht wurde. Swiderek gesteht auch, daß er verschiedene Farben, Firniß und Pinsel stahl und sich durch Anstreichen von Baracken Geld verdiente, um leben zu können. Golumski hatte sich wegen Hehlerei zu verantworten. Es wurden beiden Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. Swiderek wurden sechs Monate und eine Woche, Golumski zwei Monate zudiktiert. Beiden wurde eine zweijährige Bewährungsfrist gewährt.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Schwedt a. O.**, 16. Juli. Der Arbeiter Zibell überfiel hier den Arbeiter Kahnke und erstach ihn. Kahnke war sofort tot. Die jetzt abgeschlossenen polizeilichen Ermittelungen haben ergeben, daß es sich bei der Tat um einen Racheakt handelt. Kahnke soll früher ein Verhältnis mit der Frau des Zibell gehabt und sich dessen in letzterer Zeit vielfach gerühmt haben. Da Zibell deswegen von Arbeitskollegen aufgezogen wurde, beschloß er, dem Kahnke einen Denkzettel zu geben. Er trank sich erst Mut an, schliff dann seinen Dolch und suchte den Kahnke auf, den er niederstach. Zibell behauptet, er habe dem Kahnke nur einen Denkzettel verabreichen wollen. Die Absicht, ihn zu töten, will er nicht gehabt haben.

* **Rummerzin**, 15. Juli. Jugendliche Unvorsichtigkeit. Ein achtzehnjähriger Knecht machte sich an der Sicherung eines geladenen Taschentesschings zu schaffen. Plötzlich löste sich ein Schuß und die Kugel drang einem 14-jährigen Besitzersohn ins Bein und durchschlug das Wadenfleisch.

Die ersten Opfer der Kursänderung.

Die Wojewoden von Pommerellen und Schlesien sollen zurücktreten?

Warschau, 15. Juli. In Oppositionskreisen sind wiederum Gerüchte aufgetaucht, daß die Ämter des Wojewoden von Schlesien und des Wojewoden von Pommerellen demnächst anderweitig besetzt werden sollen. Ein oppositionelles Blatt schreibt darüber:

Die Regierungskreise sind in Sorge wegen der voreiligen Vertagung der Session des Schlesischen Sejm, und die Wirtschaftskreise in Oberschlesien sind über diese Anordnung unzufrieden. Der Wojewode Dr. Grażyński weilte in diesen Tagen in Warschau, um sich Instruktionen darüber zu holen, wie aus dieser schwierigen Lage herauszukommen wäre. Es heißt, daß der Schlesische Sejm in den ersten Tagen des August seine Arbeiten wieder aufnehmen wird. An zuständiger Stelle hält man die Stellung des Wojewoden Grażyński für geschwächt; eine Entscheidung darüber ist jedoch noch nicht gefallen. Es fehlt der entsprechende Kandidat, der ihn ersetzen könnte.

Erschüttert soll auch die Stellung des pommerellischen Wojewoden Lamot sein. Die Sanierungskreise möchten irgend ein Mittel finden, damit die Änderung auf dem Posten des pommerellischen Wojewoden nicht als ein Rückzug vor der Opposition aussehe. Die Chancen des Starosten von Culm Ossowski als Nachfolger des Herrn Lamot sei n bedeutend.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 20. Juli 1930 (5. S. n. Trinitatis).

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Heuer.
Altst. Kirche. Vormitt. 10½ Uhr Gottesdienst 12 Uhr Kindergottesdienst, Pf. Heuer.
Rudak. 9 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Rogall.
Podgorz. Vrm. 11 Uhr Gottesdienst, Pf. Rogall.
Groß Bösendorf. Vorm. 8 Uhr Gottesdienst in Pensau, 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11¼ Uhr Kindergottesdst.
Gurske. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst.
Neubruch. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst.
Seglein. 8 Uhr Gottesd.
Culmsee. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdienst.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten

Sonntag, d. 20. Juli 1930. (5. S. n. Trinitatis).

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Pfarr. Gürtler, 11½ Uhr Kindergottesdst. Nachmitt. 2 Uhr Sommerfeier d. kirchl. Jugendvereine. Montag abds. 8 Uhr Jungmädchenverein, Dienstag, abds. 8 Uhr: Posaunenchor. Mittwoch, abds. 6 Uhr Bibelstunde, Pfarrer Gürtler. Donnerstag, abds. 8 Uhr Jungmänner-Verein. Freitag, abds. 8 Uhr Bibelkreis.
Rehden. 8 Uhr Gottesdienst, 1½ Uhr Ausflug der Jugendvereine.
Rehwalde. Vorm. 10 Gottesd. m. hl. Abendmahl
Gruppe. Vorm. 10 Uhr Predigtgottes, nchm. 2 Uhr Kinderfest.

Tuchel.
Evangelische Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdst. ½12 Uhr Kindergottesd.
Wittenburg. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst (Pf. Triebel).
Polkau. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst (Pf. Triebel)
Gollub. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst (Pf. Beckherrn).
Osterbitz. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Deutschland — Polen — und Paneuropa.

Deutschlands Antwort an Briand.

Die deutsche Antwort auf Briands Europa-Memorandum ist gestern nachmittag 3 Uhr von dem deutschen Botschafter in Paris Dr. von Hoesch am Quai d'Orsay überreicht worden. An die Übergabe schloß sich eine längere Unterredung zwischen dem Botschafter und dem französischen Außenminister Briand über die Möglichkeiten und Ausblicke für die Gestaltung einer gedeihlichen Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten. Die vom 11. Juli datierte Antwort hat folgenden Wortlaut:

Die **Gemeinsamkeit europäischer Interessen** hat die Staaten Europas im vergangenen Herbst zu einer ersten Beratung zusammengeführt. Die Motive, welche die Deutsche Regierung damals zur Mitwirkung bewogen haben, bestehen fort. **Die Länder Europas, weit entfernt von einem Zustand ruhiger Ausgeglichenheit, sind mit Spannungen und Gegensätzen der verschiedensten Art belastet.**

Die gesamte gegenwärtige Gestaltung des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht hemmt die Entwickelung, die den natürlichen Lebensbedingungen der Völker entsprechen würde.

Die Folgeerscheinungen treten auf materiellem und moralischem Gebiet immer deutlicher zutage. Das zwingt die europäischen Regierungen zur Überlegung, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um den drohenden Gefahren durch solidarische Maßnahmen zu begegnen.

Die Deutsche Regierung hat es daher mit Genugtuung begrüßt, daß die Französische Regierung in ihrem Memorandum das europäische Problem in seinen Einzelheiten zur Diskussion gestellt und ihre eigene Auffassung darüber mitgeteilt hat. Daß jedes Land die gestellte Aufgabe von seinem Standpunkt aus unter einem anderen Gesichtswinkel sieht, ist nur natürlich. **Kein Land kann die Mängel der Struktur Europas stärker empfinden als Deutschland,** das, in der Mitte des Kontinents gelegen, von diesen Mängeln und ihren Auswirkungen in besonders hohem Maße berührt wird. Kein Land hat an der Beseitigung dieser Mängel ein höheres Interesse als Deutschland.

Die Deutsche Regierung wird daher bereitwilligst an der Lösung des Problems mitarbeiten und stellt sich für eine eingehende Beratung während der Tagung des Völkerbundes im Herbst dieses Jahres zur Verfügung. **Sie sieht das Endziel darin, im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen und so eine wirkliche Befriedung Europas herbeizuführen, die nur auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit beruhen kann.**

Es bedarf zunächst der Feststellung, welche Gegenstände der internationalen Beziehungen für eine spezifisch europäische Regelung in Betracht kommen. Bei der Prüfung dieser Frage muß mit größter Sorgfalt vorgegangen werden. Jede Spitze gegen andere Länder oder Kontinente ist zu vermeiden. Die Wechselwirkung zwischen den europäischen und den außereuropäischen Ländern ist auf manchen Gebieten stärker als die Wechselwirkung innerhalb Europas. Solche interkontinentalen Beziehungen einschränken zu wollen, wäre verfehlt.

Es darf nicht geschehen, daß einzelne europäische Länder der europäischen Zusammenarbeit entfremdet werden.

Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus der staatsrechtlichen und zollpolitischen Verbindung einzelner europäischer Staaten mit außereuropäischen Gebieten ergeben. **Ein europäisches Programm müßte daher materiell und geographisch so elastisch wie möglich gestaltet werden. Auch der Ausschluß solcher europäischen Länder, die nicht dem Völkerbund angehören, wie Rußland und die Türkei, widerspräche der bisher mit Recht geübten Praxis.**

Die Französische Regierung betont die Notwendigkeit, die europäische Aufgabe von der politischen Seite aus in Angriff zu nehmen und erst nach Erfüllung bestimmter politischer Voraussetzungen an die wirtschaftlichen Probleme heranzutreten. Die Deutsche Regierung kann der Französischen Regierung insofern durchaus zustimmen, als auch sie davon überzeugt ist, daß die Notlage Europas ihre Ursachen in hohem Maße in der gegenwärtigen politischen Gestaltung unseres Kontinents hat. Deshalb kann in der Tat, wenn man die bestehenden Schwierigkeiten wirklich von Grund aus beseitigen will, an diesen politischen Ursachen nicht vorbeigegangen werden. Die Deutsche Regierung kann ihre Ansicht darüber, in welcher Richtung die Lösung dieser politischen Probleme zu suchen ist, als bekannt voraussetzen. Sie hat ihre Auffassung bei den verschiedensten Gelegenheiten dargelegt und braucht in dieser Beziehung nur an ihre Stellungnahme bei den Diskussionen über die Fragen der Sicherheit, der Abrüstung, der nationalen Minderheiten und des Ausbaues einzelner Artikel des Völkerbundpaktes zu erinnern. Das eine möchte die Deutsche Regierung indes auch heute besonders betonen:

Alle Versuche einer Besserung der politischen Lage in Europa werden davon abhängen, daß die Grundsätze der vollen Gleichberechtigung, der gleichen Sicherheit für alle und des friedlichen Ausgleichs der natürlichen Lebensnotwendigkeiten der Völker zur Anwendung kommen.

Wo bestehende Verhältnisse diesen Grundsätzen widersprechen, müssen wirksame Mittel für ihre Änderung gefunden werden. Es wäre aussichtslos, ein neues Europa auf einem Fundament aufbauen zu wollen, das der lebendigen Entwicklung nicht standhalten würde.

Unabhängig von politischen Erwägungen sind auf rein wirtschaftlichem Gebiete zweifellos Möglichkeiten gegeben, die im Interesse des europäischen Fortschritts geprüft und genützt werden müssen. Eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiete sollte nicht von der Schaffung größerer Sicherheit abhängig gemacht werden. **Umgekehrt wird gerade die wirtschaftliche Verständigung wesentlich zur Verstärkung des Bewußtseins der Solidarität und damit des Gefühls der Sicherheit beitragen.**

Die Untersuchung der europäischen Wirtschaftsnot wird von der Krise der Landwirtschaft und der Absatznot der Industrie ausgehen und Mittel und Wege suchen müssen, um größere Marktgebiete zu gewinnen und um den Austausch der Güter zwischen den vorwiegend agrarischen und vorwiegend industriellen Gebieten Europas zu erleichtern. Enttäuschungen über die Ergebnisse der bisherigen Bestrebungen und Rückschläge nach der Weltwirtschaftskonferenz von 1927 dürfen nicht zur Passivität verleiten, zumal da es sich um Anfangsversuche auf dem neuen Gebiete internationaler Betätigung handelte und die besondere wirtschaftliche Situation der letzten Jahre den Bestrebungen nicht günstig war.

Die Deutsche Regierung hält es deshalb für angebracht, die Bemühungen um die Erleichterung der europäischen Wirtschaft, insbesondere der europäischen Zollpolitik fortzusetzen.

Sie verweist hierfür neben der Aufzählung in Kapitel IV des Memorandums der Französischen Regierung auf die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz und das Protokoll für künftige Verhandlungen vom 24. März 1930. Bei der Behandlung des europäischen Wirtschaftsproblems dürfen indes nach Ansicht der Deutschen Regierung folgende Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden:

So notwendig es ist, daß die Regierungen selbst das europäische Problem in die Hand nehmen, so können doch Regierungsmaßnahmen allein dem notleidenden Europa nicht helfen. Es wird weite Gebiete geben, wo die Wirtschaft selbst die Aufgabe in Angriff nehmen muß. **Die unmittelbare Verständigung bestimmter Wirtschaftszweige auf privatwirtschaftlicher Grundlage bleibt ein Arbeitsfeld, dem in der Neuordnung des wirtschaftlichen Europa ein wichtiger Platz anzuweisen ist.** Sache der Regierungen wird es bleiben, ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik mit dem freien Spiel der Kräfte in Einklang zu bringen.

Bei wirtschaftlichen Fragen dürfen militärische Gesichtspunkte nicht in den Vordergrund gestellt werden. Sonst würden wichtige Gruppen der Erzeugung von der Verständigung ausgenommen bleiben und dem Ziele einer zweckmäßigen Arbeitsteilung schwere Hemmnisse in den Weg gelegt werden.

Es müssen alle Folgen in Betracht gezogen werden, die sich aus der besonderen Lage einzelner Länder, namentlich aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer durch den Krieg bedingten Gesamtbelastung, ergeben.

In organisatorischer Beziehung betont das Memorandum der Französischen Regierung wiederholt mit Recht den engen Zusammenhang, der zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der europäischen Gemeinschaftsarbeit bestehen muß.

Die Deutsche Regierung stimmt der Auffassung zu, daß der Völkerbund unter den europäischen Bestrebungen nicht leiden darf.

Es sollte keine europäische Absonderung eingeleitet werden, die andere Gruppenbildungen im Völkerbund nach sich ziehen könnte. Die Teilnahme aller Völkerbundsmitglieder an den großen Aufgaben aller Kontinente gehörte von Anfang an zu den wesentlichen Zügen des Völkerbundes. Durch eine Neigung zur Gruppierung nach Kontinenten könnte dieses gleichmäßige allgemeine Interesse abgeschwächt und die Struktur des Bundes nachteilig beeinflußt werden. Bei jeder Art engeren europäischen Zusammengehens wird daher die Wirkung auf den Völkerbund genau zu überlegen und nötigenfalls dem Urteil des ganzen Bundes zu unterbreiten sein. Dies gilt um so mehr, als sich der Völkerbund mit seinen wichtigsten Aufgaben, die universalen Charakter haben, immer noch im Anfangsstadium befindet, so daß alles darauf ankommt, ihn in der Richtung dieser Aufgabe zu stärken und deren Lösung vorwärts zu treiben. Auch bei grundsätzlicher Übereinstimmung in dieser Sorge um den Völkerbund wird man ernstlich bezweifeln müssen, ob ihr praktisch Rechnung getragen werden kann, wenn man von vornherein besondere Organe für die europäische Gemeinschaftsarbeit schaffen wollte. Keinesfalls sollte in denjenigen Fragen, die bereits den Gegenstand von Völkerbundsarbeiten gebildet haben oder bilden, eine Änderung der organisatorischen Methode vorgenommen werden.

Die Deutsche Regierung möchte sich einstweilen auf die vorstehenden grundsätzlichen Bemerkungen beschränken. Sie sieht danach die nächste Aufgabe darin, zuerst einmal einen Überblick über die Materien zu gewinnen, die in europäischer Gemeinschaftsarbeit behandelt werden können und müssen.

Sie hofft auf wertvolle Anregungen bei der Zusammenkunft in Genf im September d. J., zu der auch die europäischen Nichtmitglieder des Völkerbundes und die nichteuropäischen Staaten Zutritt haben sollten.

Für diese Zusammenkunft behält sich die Deutsche Regierung ihrerseits Erläuterungen und Ergänzungen ihrer eigenen Ausführungen vor. Das dann insgesamt vorgebrachte Material wäre zu sichten und zu einer Verhandlungsgrundlage zu gestalten. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und übersichtlich festgestellt, wird man der Frage der weiteren Behandlung nähertreten können.

*

Wird auch Rußland beitreten?

Paris, 16. Juli. (PAT.) Nach hier umlaufenden Gerüchten ist der Sowjetbotschafter Dowgalewski dringend nach Moskau gerufen worden. Wie die Pariser „Chicago Tribune" meldet, steht diese Berufung u. a. auch im Zusammenhange mit der Frage des Beitritts der Sowjet-Union zur europäischen Föderation. Die von Deutschland und Italien in ihren Antworten auf das Memorial Briands gemachten Hinweise, daß es erwünscht wäre, Rußland in die Föderation mit einzubeziehen, haben in Moskau ein großes Interesse wachgerufen. Es wurde jedoch in dieser Frage bisher noch keine Entscheidung getroffen. Stalin zögert; denn er weiß recht gut, daß der Beitritt der Sowjet-Union zu dem neuen Staatenbund einem radikalen Umsturz in der Innenpolitik Rußlands gleichkommen würde.

Polens Antwort an Briand.

Warschau, 16. Juli. (PAT.) Die Antwort der Polnischen Regierung auf das französische Memorial über das System einer europäischen Union hat folgenden Wortlaut:

Die Polnische Regierung, die stets den Bemühungen die größte Bedeutung beigemessen hat, die auf die Festigung der Bande der europäischen Solidarität abzielten, kann, nachdem sie das Memorandum der Französischen Regierung vom 17. Mai 1930 über die Organisation des Systems einer europäischen Union geprüft hatte, lediglich ihrer Freude über die glückliche Initiative Ausdruck geben, die sie aufs herzlichste unterstützen möchte. Die Erklärung Briands, in dieser Frage während der zehnten Völkerbundversammlung, nach welcher der einstimmige Beschluß von 27 Staaten erfolgte, mit der Präzisierung der grundsätzlichen Punkte der geplanten Organisation den Delegierten Frankreichs zu betrauen, hat das Problem der europäischen Union auf das Gebiet der politischen Wirklichkeit gestellt. Polen, das in der zehnten Völkerbundversammlung sich vollkommen mit dem Projekt des Herrn Briand solidarisierte, **tritt jetzt der europäischen Idee bei und erklärt die Bereitwilligkeit, an den vorbereitenden Arbeiten teilzunehmen,** die die erste europäische Konferenz für notwendig erachten wird. **Die Polnische Regierung ist entsprechend der Grundidee des Memorials der Ansicht, daß die europäische Union sich auf die Sicherheit stützen müßte, die gleichmäßig für alle Staaten zu garantieren wäre, sowie auf die Achtung ihrer Unantastbarkeit und politischen Unabhängigkeit.**

Damit sich der Geist eines gegenseitigen Vertrauens herausbilde, wäre es bei der Organisation der europäischen Union angezeigt, die Eingebung aus der Zweckmäßigkeit der Grundsätze zu schöpfen, die das Fundament des **Genfer Protokolls** bildeten und auf diese Weise eine Einmütigkeit der Ansicht über die Quintessenz des politischen Lebens Europas geschaffen haben. Die europäischen Staaten könnten sich leichter über andere gemeinsame Probleme z. B. auf wirtschaftlichem Gebiet verständigen. Entsprechend wäre die Idee des Memorials daß die europäische Union den Weg zur wirtschaftlichen Annäherung vorzubereiten habe, indem sie sich in erster Linie mit dem Problem der politischen Sicherheit beschäftigt. Die Polnische Regierung teilt die Ansicht, daß sich die europäische Union auch mit den Problemen wird beschäftigen müssen, die im informatorischen Teil des französischen Memorials enthalten sind und speziell die europäischen Völker infolge ihrer Nachbarschaft auf demselben Kontinent interessieren.

Das Memorial unterstreicht die Tatsache, **daß sich die europäische Union nicht gegen irgend ein Volk und auch nicht gegen eine Völkergruppe richten darf.** Dies ist ein Grundsatz, der vom Gesichtspunkt der Polnischen Regierung nicht zur Diskussion gestellt werden kann. Diese Regierung könnte nicht mit einer Organisation zusammenarbeiten, deren Ziele sich mit der Idee der internationalen Zusammenarbeit nicht decken. Die Idee der europäischen Staaten selbst wurde in dem Sinne aufgegriffen, daß sie dem Werk der allgemeinen Zusammenarbeit durch Vermittlung einer größeren Harmonisierung der europäischen Völker dienen soll. **Es ist auch klar, daß die Union nicht anders gedacht werden kann, als ein regionales Abkommen in den Kadres des Völkerbundpaktes, der das höchste Recht für alle Mitglieder der Liga ist und stets bleiben wird.**

Die Aufgabe der Polnischen Regierung und die Aufgabe der Union würden darin bestehen, die wirksamste Ausführung der Verpflichtungen vorzubereiten, die sich aus dem Pakt auf dem Wege der Lösung der Probleme europäischen Charakters ergeben. Das Zustandekommen einer Union auf dieser Grundlage würde den Organismus des Völkerbundes nicht schwächen, sondern könnte ihn lediglich stärken. Der Polnischen Regierung ist es noch nicht möglich, alle in dem französischen Memorial enthaltenen Fragen zu beantworten und schon jetzt eingehende Ansichten vorzulegen. Die allgemeine Aussprache in der Konferenz der europäischen Staaten, die für September d. J. vorgesehen ist, wird es wahrscheinlich gestatten, nützliche Fingerzeige für den weiteren Gang der vorbereitenden Arbeiten zu geben. Die Konferenz könnte dann **ein Studien-Komitee** ins Leben rufen, das die Probleme zu bearbeiten und seine Anschauungen den Regierungen der europäischen Staaten vorzulegen hätte. Auf diese Weise könnte man in der nächsten Zusammenkunft an das Problem der Bildung der europäischen Union mit vollkommener Sachkenntnis herantreten. Doch die Polnische Regierung wird sich auch mit jedem anderen Verfahren einverstanden erklären, das die interessierten Staaten in der September-Tagung für gut befinden werden. Im übrigen hat, ohne Rücksicht darauf, auf welches Verfahren man sich einigen wird, die Polnische Regierung die unverbrüchliche Hoffnung, daß die edle Initiative der Französischen Regierung unter den europäischen Völkern zum Allgemeinwohl der ganzen Menschheit die beste Aufnahme finden wird.

Vor der Einberufung des Schlesischen Sejm.

Kattowitz, 16. Juli. Aus den vielen Gerüchten, die hier in den letzten Tagen über die bevorstehende Wiedereröffnung des Schlesischen Sejm verbreitet wurden, scheint sich nun allmählich doch die reale Tatsache herauszukristallisieren, daß auch die Regierung eine Verständigung wünscht. Der Wojewode Dr. Grażyński hat, nachdem er gestern aus Warschau zurückgekehrt war, unverzüglich mit dem Marschall des Schlesischen Sejm, Rechtsanwalt Wolny eine Konferenz gehabt, deren Gegenstand die Frage der Liquidierung des Budgetkonflikts zwischen der Sejmmehrheit und der Regierung und in Verbindung damit die Einberufung einer außerordentlichen Session war. Bei dieser Gelegenheit soll der Wojewode erklärt haben, daß der Schlesische Sejm das Budget für das Jahr 1930/31 ebenso nachträglich beschließen könne wie das Budget des Jahres 1923, wo infolge der Inflation ein endgültiges Budget nicht beschlossen werden konnte.

Im Anschluß an diese Konferenz fand eine Sitzung des Senioren-Konvents des Schlesischen Sejm statt, an der auch der Wojewode teilnahm. Man wollte sich hier über die Beseitigung des Konflikts einigen. Auf Antrag des Wojewoden, der auch **angenommen wurde,** sollen die **Klubs ihren Standpunkt schriftlich präzisieren.**

Hilfe für die Landwirtschaft?

Der Landwirtschaftsminister über die Agrarpolitik der Regierung.

Wie wir seinerzeit berichteten, bereiste der Landwirtschaftsminister von Janta - Połczyński unlängst seine Heimat Pommerellen, um verschiedene Musterwirtschaften in Augenschein zu nehmen und in verschiedenen Städten auch an Konferenzen landwirtschaftlicher Organisationen teilzunehmen, wobei er deren Forderungen und Wünsche entgegennahm. Bei dieser Gelegenheit kam der Minister auch nach Graudenz, wo gleichfalls eine große Wirtschaftskonferenz mit den Vertretern verschiedener auf dem Gebiet Pommerellens tätigen landwirtschaftlichen Organisationen angesagt war. Hier entwickelte der Minister den Wirtschaftsplan der Regierung für die nächste Periode. Aus seinen Ausführungen ging dem „Dziennik Bydgoski" zufolge hervor, daß er den Hauptwert auf die Hebung der Getreidepreise auf ein entsprechendes Niveau und auf die Hergabe eines billigen langfristigen Kredits für die Landwirtschaft lege. „Noch sind nicht alle Punkte des Wirtschaftsprogramms", sagte der Minister, „innerhalb der Regierung vereinheitlicht; doch spätestens in zwei Wochen wird man mit der Beendigung der Arbeiten im Ministerium an dem großen Hilfsprogramm für die Landwirtschaft rechnen können. Der Hauptgrundsatz, an dem die Regierung festhält, besteht darin, keine landwirtschaftlichen Produkte aus dem Ausland nach Polen hereinzulassen. Es war nicht immer leicht, diesem Grundsatz treu zu bleiben, als z. B. bei den gegenwärtigen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen mit Rumänien als Äquivalent für Lodzer Waren und polnische Kohle die andere Seite die freie Einfuhr von Mais forderte, der die Gerste verdrängen könnte.

Die Politik der Schutzzölle wird in der nächsten Zeit erweitert werden. Um kein Konkurrenzgetreide aus dem Auslande hereinzulassen, wird binnen kurzem eine weitere Erhöhung der Getreidezölle, in erster Linie aber des Zolls von Weizen und von Schmalz eintreten. Besonders durch die letzterwähnte Maßnahme wird sich die Fettindustrie besser entwickeln können. Auf dem Seewege kommen aus dem Auslande nach Gdingen ganze Schiffe mit Honig an. Die Schutzpolitik der Regierung wird sich also auch auf dieses Produkt, wie auch noch auf andere Produkte ausdehnen müssen. An dem System der Ausfuhrprämien in der Form der Rückzahlung des Zolls wird auch weiterhin festgehalten; ja im Notfalle wird dieses System noch erweitert werden. In der nächsten Zeit wird sich die Regierung damit beschäftigen, ob es angezeigt wäre, Ausfuhrprämien auf Schweine einzuführen, da Deutschland, das in der letzten Zeit als gefährlicher Konkurrent auf den bis jetzt von Polen beherrschten Auslandsmärkten aufgetreten ist, derartige Prämien vergibt. Eine Gefahr von deutscher Seite droht Polen besonders auf dem Wiener und dem Prager Markt, wo Polen Schweine für etwa 160 Millionen Złoty absetzt..

Die diesjährige Ernte wird dem eigenen Bedarf genügen, da wir noch außerordentlich große Vorräte (für drei Monate) haben. Es kann also keine Rede davon sein, daß uns Getreide ermangeln könnte. Der einzige Gradmesser der Ernte ist die Börse. Die Preise sind unbeweglich, woraus hervorgeht, daß Vorräte vorhanden sind. Die Regierung wird den Export von landwirtschaftlichen Produkten um jeden Preis forcieren. (Warum ratifiziert der Sejm dann nicht den Handelsvertrag mit Deutschland? Warum wird der Sejm nicht einmal zu dieser Aufgabe einberufen? D. R.) In der nächsten Zeit wird ein bequemer langfristiger Kredit in Höhe von 100 Millionen Złoty bereitgestellt werden, von dem die Landwirte auf das ergiebigste Gebrauch machen sollten, um die Ernte vor Neujahr nicht zu verschleudern und damit das übermäßige Angebot von Getreide zu verhindern. Die Zinsen werden verhältnismäßig niedrig sein; denn sie werden höchstens 8 Prozent betragen. Die Agrarbank und andere Banken werden sich mit der Verteilung dieser Kredite befassen. (Ob wohl auch ein Deutscher in Polen solchen Kredit erhalten wird? D. R.)

Zum Schluß sprach der Minister über den **für Polen ungeheuer günstigen Abschluß des Roggenabkommens mit Deutschland,** von dem Bau von zwei großen Elevatoren, über die Frage des Etatismus im Handel, dem sich der Minister widersetzt, sowie von der Zwangseintreibung staatlicher Kredite. In dieser Frage betonte der Minister, daß von einem grundsätzlichen Moratorium nicht die Rede sein könne, daß jedoch dort, wo es angezeigt erscheint, Erleichterungen in Anwendung kommen sollen. Befindet sich der Landwirt in einer wirklich schwierigen Lage und zeigt er den Willen zur Zahlung, so werden ihm die Kredite in den Staatsbanken prolongiert werden.

Nach der Konferenz reiste der Landwirtschaftsminister mit dem Schnellzuge nach Warschau ab.

Kleine Rundschau.

*** Eine Haremsfrau als Präsidentin einer Sowjet-Republik.** Anläßlich der Eröffnung der neuen Turkestan—Sibirischen Eisenbahn wurden europäische Pressevertreter von der Regierung der autonomen Republik, Usbekistan zu einer Feier eingeladen. In der Hauptstadt der Republik, Samarkand, wurden englische Journalisten auf dem Bahnhof von einer gutaussehenden jungen Dame empfangen, die Zigaretten rauchte. Es war die Genossin Abidova, die Präsidentin der Republik. Ein englischer Journalist erzählt bei dieser Gelegenheit den romantischen Lebenslauf des weiblichen Präsidenten. Als junges Mädchen wurde die Genossin Abidova an einen 60jährigen Mann verkauft. Sie trat in seinen Harem als vierte Ehefrau ein. Nach zwei Jahren gelang es ihr, aus dem Harem zu fliehen. Sie wußte, daß ein furchtbares Schicksal sie erwartete. Denn nach asiatischem Brauch sollte sie nach dem Tode ihres Mannes von dem nächsten Verwandten ihres Ehegatten erschlagen werden. Sie verstand es jahrelang, in Taschkent verborgen zu leben und kämpfte tapfer um ihren Lebensunterhalt. Sie lernte auch dabei lesen und schreiben. Die Revolution gab der jungen Frau eine große Chance. Sie schloß sich der neuen Bewegung an, und, da sie eine gute Rednerin war, wurde sie auf einen leitenden Posten im Sowjet ihrer Heimat ernannt. Die Präsidentin Abidova ist jetzt 30 Jahre alt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die prämiierte Getreideausfuhr Polens bis zum 15. Juni 1930.

Nach einer amtlichen Aufstellung ergibt die prämiierte Getreideausfuhr Polens bis zum 15. Juni d. J. (einschließlich) folgendes Bild:

Roggen	214 150	Tonnen.	Gezahlte Prämien	12 849 000 Zł.
Gerste	149 355	„	„ „	5 974 000 „
Hafer	88 100	„	„ „	3 524 000 „
Weizen	50	„	„ „	3 000 „
Mehl	18 010	„	„ „	1 620 900 „
Malz	735	„	„ „	65 350 „
Gerstengrütze	50	„	„ „	4 500 „

Demnach hat die polnische Staatskasse Ausfuhrprämien in einer Höhe von 24 040 950 Złoty verausgabt. Dazu kommt die Reserve in den staatlichen Getreideelevatoren mit 1 800 000 Zł., so daß insgesamt 25 840 950 Zł. Ausfuhrprämien gezahlt wurden.

Was die Ausfuhrziffer von Roggen anbetrifft, so entfallen auf den Gesamtexport von 214 150 Tonnen 75 520 Tonnen auf die deutsch-polnische Roggenkommission; 690 Tonnen auf die ost-oberschlesischen Zollbehörden; 6 540 Tonnen auf die Zollbehörde in Turmont und 7 975 Tonnen auf die Zollbehörde Zebrzydowice.

Was den Anteil der einzelnen Gebiete Pokens an der Gesamtausfuhr in der Zeit vom 16. November 1929 bis zum 15. Juni 1930 anbetrifft, so ist derselbe aus den folgenden Zahlen ersichtlich:

Wojewodschaften	Roggen	Gerste	Hafer	Mehl	Malz
	in Tonnen				
Westwojewodschaften (Pommerellen u. Posen)	95 833,8	73 162,1	27 034,7	5 208,5	390,2
Zentralwojewodschaften	65 795,2	26 571,5	11 634,9	2 102,9	—
Südwojewodschaften	3 364,2	18 499,1	1 243,0	1 161,1	—
Freistaat Danzig	19 371,4	14 444,9	3 192,3	1 005,6	—
Zusammen	184 364,6	132 677,6	43 104,9	9 478,1	390,2

Aus den Zahlen ist ersichtlich, daß der Anteil der Westwojewodschaften an der Gesamtausfuhr Polens weitaus der größte ist. Diese Tatsache wird in erster Linie auf die Nachbarschaft Deutschlands und auf die Nähe der Hafenstädte zurückgeführt. Aus diesem Grunde ist man in Polen geneigt, die Klagen der anderen Wojewodschaften gegen die Bevorzugung Posens und Pommerellens, und im Zusammenhang damit die Forderungen bezüglich Einführung besonderer Tarifvergünstigungen für den Getreidehandel der Süd- und Ostwojewodschaften als berechtigt anzuerkennen. Dagegen sind wir der Ansicht, daß der größere Exportanteil der Westwojewodschaften in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß diese ehemals deutschen Gebiete in der Bewirtschaftung des Bodens, viel weiter fortgeschritten sind. In diesen Gebieten ist nur intensive Bewirtschaftung anzutreffen, während in den ehemals russischen Gebieten zum größten Teil noch extensiver Betrieb herrscht. (Die Schriftl.)

Nach derselben amtlichen Aufstellung stellt sich der Anteil der einzelnen Länder an der prämiierten Getreideausfuhr Polens wie folgt:

Bestimmungsland	Roggen	Gerste	Hafer	Mehl	Malz
	in Tonnen				
Deutschland	52 481,4	28 939,1	13 848,2	2 932,4	90,0
Dänemark	40 098,0	44 022,0	8 784,8	1 152,1	—
Schweiz	1 077,0	4 973,5	2 723,5	15,0	—
Finnland	11 534,8	430,0	1 000,0	1 643,0	30,0
England	555,0	1 170,0	5 014,7	772,9	—
Belgien	12 198,9	21 653,2	2 781,4	45,0	165,1
Estland	16 829,8	1 035,0	1 064,9	—	—
Lettland	15 975,0	363,2	90,0	120,0	—
Holland	14 503,3	11 755,7	3 589,1	340,0	175,0
Schweden	3 723,1	1 473,7	925,0	660,0	—
Norwegen	2 605,9	1 115,0	—	1 007,5	—
Tschechoslowakei	1 043,6	89,8	—	130,0	—
Frankreich	—	45,0	510,0	—	—
Aegypten	—	—	—	15,6	—
Italien	—	—	—	39,7	—
Oesterreich	552,9	90,5	164,5	304,5	—
Palästina	—	—	—	7,0	—
Transit	6 915,1	9 634,7	1 559,9	263,4	30,0
	4 270,8	5 887,2	1 048,9	30,0	—
Zusammen	184 364,5	132 677,6	43 104,9	9 478,1	390,2

Unter den Bestimmungsländern figuriert an erster Stelle Deutschland. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die polnische Ausfuhrstatistik Deutschland als Bestimmungsland angibt, selbst, wenn es sich um Transitware handelt. Als bedeutendstes Absatzland für polnisches Getreide wird Dänemark bezeichnet. Alsdann folgen: Belgien, Holland, Estland und Lettland.

Die Ausfuhrmengen verteilen sich auf die nachstehenden Zollämter, die im deutsch-polnischen Roggenabkommen eine gewisse Rolle spielen:

Zollstelle	Roggen	Gerste	Hafer	Mehl	Malz
	in Tonnen				
Drawski Młyn	51 412,5	24 868,7	7 648,2	4 154,0	90,0
Danzig	82 176,3	88 085,0	18 602,3	2 684,0	300,2
Międzychód	31 292,8	7 756,7	6 621,6	—	—
Leszno	551,5	3 073,9	1 666,5	551,1	—
Miasteczko	807,7	3 143,9	1 000,5	99,8	—
Zbąszyn	284,7	1 195,4	897,8	39,7	—
Turmont	13 922,8	258,9	—	—	—
Ujście	300,6	770,0	—	150,0	—
Raczki	299,8	672,1	3 476,8	—	—
Grajewo	716,5	44,8	1 016,1	—	—
Rawicz	105,3	134,9	119,8	—	—
Zebrzydowice	1 646,3	180,3	134,4	45,0	—
Chebzie (Morgenroth)	337,8	113,9	74,1	130,0	—
Zduny	119,6	1 930,4	1 622,4	43,2	—
Chojnice	—	30,0	74,9	—	—
Katowice (Kattowitz)	—	14,7	30,0	—	—
Chorzow	240,4	374,1	89,3	134,5	—
Grudziądz (Graudenz)	—	—	—	45,0	—
Bielsk	—	—	—	84,3	—
Przemyśl	—	—	—	104,7	—
Sojnia	—	—	—	1 147,9	—
Zabrze (Hindenburg)	150,0	29,9	—	—	—
Lubliniec (Lublinitz)	—	—	30,0	—	—
Oświecim	—	—	—	60,0	—
Zusammen	184 364,6	132 677,6	43 104,9	9 478,1	390,2

Wie aus der Zusammenstellung ersichtlich ist, gehen über 50 Prozent des gesamten polnischen Getreideexportes über Danzig.

Danzigs Holzausfuhr. Im Rahmen des Danziger Gesamthandels sind nach den bisherigen Ermittlungen im ersten Halbjahr 1930: 3 646 514 Doppelzentner Holz über Danzig zum Export gelangt. Gegenüber dem gleichen, allerdings durch die Frostperiode belasteten Zeitabschnitt des Vorjahres bedeutet dieses Ergebnis eine Steigerung des Holzexports um 676 864 Doppelzentner. In den einzelnen Monaten wurden folgende Holzmengen exportiert:

	1930	1929
	in Doppelzentner	
Januar	365 595	579 094
Februar	549 760	336 379
März	464 305	58 185
April	681 234	544 876
Mai	810 486	803 149
Juni	775 184	648 467

Die polnischen Waldbesitzer fordern die Einführung eines Rundholzzolles. Die Vereinigung der polnischen Waldbesitzer hat wiederum, diesmal besonders kategorisch, die Forderung gestellt, zum Schutze der einheimischen Holzproduktion vor der bolschewistischen Holzinvasion einen Einfuhrzoll zu schaffen. Das alte Spiel hat wiederum begonnen, weil sich dieser Forderung auf dieselbe kategorische Weise die Holzindustrie Polens entgegenstellt. Heute kann man noch nicht übersehen, wer den Kampf gewinnen wird. Jedenfalls scheint beim polnischen Industrie- und Handelsministerium wenig Neigung zu bestehen, die Forderung der Waldbesitzer zu erfüllen, während das Landwirtschaftsministerium, als größter Waldbesitzer Polens, die Schaffung von Einfuhrzöllen für Rundholz vielleicht ebenfalls fordern wird.

Die polnische Presse fordert Verstaatlichung der Privatforsten. Die Verstaatlichung der Privatforsten ist in der polnischen Presse wieder einmal aktuell geworden. Die Anhänger dieser Idee führen an, daß die privaten Waldbesitzer sämtliche volkswirtschaftlichen Momente außer acht lassen, indem sie den Waldbestand ausbeuten, ohne für genügenden Nachwuchs Sorge zu tragen. Es ist interessant, daß fast gleichzeitig damit eine Kampagne eingesetzt hat, um die Umwandlung der staatlichen Forstverwaltung in ein selbständiges Unternehmen zu beschleunigen.

Firmennachrichten.

Zahlungsaufschub. Das Kreisgericht Vandsburg (Więcbork) fordert die Gläubiger der Firma Johann Affelt, Kurzwaren, in Vandsburg, auf, an einem am 1. August um 10 Uhr stattfindenden Termin teilzunehmen, um zu dem Antrag des Schuldners um einen Zahlungsaufschub Stellung zu nehmen.

Geldmarkt.

Der Wert für **ein Gramm reinen Goldes** wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 17. Juli auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 16. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,61—57,76, Berlin: Ueberweisung 46,85—47,05, London: Ueberweisung 43,37, Newyork: Ueberweisung 11,23, Paris: Ueberweisung 28,55, Wien: Ueberweisung 79,20—79,48, Zürich: Ueberweisung 57,70.

Warschauer Börse vom 16. Juli. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,78, 359,68 — 357,88, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,36½, 43,47 — 43,27, Newyork 8,902, 8,922 — 8,882, Oslo —, Paris 35,08, 35,17 — 34,99, Prag 26,43, 26,49½, — 26,36½, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,25, 173,68 — 172,82, Tallin —, Wien —, Italien 46,69½, 46,81 — 46,58.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 16. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,63 Gd., 57,78 Br. Noten: London 25,01¼ Gd., 25,01¾ Br., Berlin 122,55 Gd., 122,60 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,61 Gd., 57,76 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 16. Juli Geld	In Reichsmark 16. Juli Brief	In Reichsmark 15. Juli Geld	In Reichsmark 15. Juli Brief
4.5 %	1 Amerika	4.1835	4.1915	4.185	4.193
5 %	1 England	20.357	20.397	20.36	20.40
4 %	100 Holland	168.40	168.74	168.41	168.75
—	1 Argentinien	1.523	1.527	1.527	1.531
5 %	100 Norwegen	112.09	112.34	112.10	112.32
5 %	100 Dänemark	112.15	112.31	112.14	112.36
—	100 Island	92.03	92.21	92.04	92.22
4.5 %	100 Schweden	112.50	112.72	112.49	112.71
3.5 %	100 Belgien	58.455	58.575	58.46	58.59
7 %	100 Italien	21.915	21.955	21.92	21.96
3 %	100 Frankreich	16.465	16.495	16.465	16.505
3.5 %	100 Schweiz	81.32	81.48	81.34	81.50
5.5 %	100 Spanien	48.35	49.45	48.35	48.45
—	1 Brasilien	0.464	0.466	0.462	0.464
5.43 %	1 Japan	2.068	2.072	2.068	2.072
—	1 Kanada	4.134	4.192	4.185	4.193
—	1 Uruguay	3.606	3.614	3.596	3.604
5 %	100 Tschechoslowak.	12.417	12.437	12.41	12.43
7 %	100 Finnland	10.534	10.554	10.536	10.556
—	100 Estland	111.44	111.66	111.44	111.66
—	100 Lettland	80.68	80.84	80.67	80.83
8 %	100 Portugal	18.76	18.80	18.76	18.80
10 %	100 Bulgarien	3.034	3.040	3.034	3.040
6 %	100 Jugoslawien	7.425	7.433	7.425	7.439
7 %	100 Oesterreich	59.10	59.22	59.12	59.24
7.5 %	100 Ungarn	73.31	73.45	73.31	73.45
6 %	100 Danzig	81.38	81.54	81.38	81.54
—	1 Türkei	—	—	—	—
9 %	100 Griechenland	5.425	5.435	5.43	5.44
—	1 Kairo	20.875	20.915	20.875	20.915
9 %	100 Rumänien	2.491	2.495	2.491	2.495
—	Warschau	46.85	47.05	46.85	47.05

Züricher Börse vom 16. Juli. (Amtlich.) Warschau 57,70, Paris 20,24½, London 25,03, Newyork 5,1440, Belgien 71,87½, Italien 26,95, Spanien 59,40, Amsterdam 207,05, Berlin 122,80, Wien 72,68, Stockholm 138,30, Oslo 137,80, Kopenhagen 137,80, Sofia 3,74, Prag 15,25½, Budapest 90,17½, Belgrad 9,12½, Athen 6,67½, Konstantinopel 2,44, Bukarest 3,06, Helsingfors 12,95, Buenos Aires 1,87½, Tokio 2,54½. Privatdiskont 2¼ pCt. Bargeld 1 montl. 2 pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86½ Zł., do. kl. Scheine 8,85½ Zł., 1 Pfd. Sterling 43,20½ Zł., 100 Schweizer Franken 172,57 Zł., 100 franz. Franken 34,94 Zł., 100 deutsche Mark 212,— Zł., 100 Danziger Gulden 172,64 Zł. tschech. Krone 26,33 Zł., österr. Schilling 125,40 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 16. Juli. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 55,00 G. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Złoty) 42,50 G. Notierungen je Stück: 6proz. Roggen-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 22,00 +. Tendenz behauptet.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 16. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	43.00—49.00	Peluschken	—.—
Roggen	18.50—19.00	Felderbsen	—.—
Mahlgerste	18.25—20.75	Viktoriaerbsen	—.—
Braugerste	—.—	Folgererbsen	—.—
Hafer	21.50—22.50	Seradella	—.—
Roggenmehl (65%)	—.—	Blaue Lupinen	—.—
Roggenmehl (70%)	33.50	Gelbe Lupinen	—.—
Weizenmehl (65%)	73.50—77.50	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie	16.00—17.00	Roggenstroh, gepr.	2.50—2.70
Roggenkleie	13.50—14.50	Heu, lose	7.00—8.00
Sommerwicke	—.—	Heu, gepr.	8.50—9.50

Gesamttendenz: anhaltend bei unsicherem Wetter und geringerem Angebot.

Berliner Produktenbericht vom 16. Juli. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk. 76—77 Kg., —,—, Roggen märk., 72 Kg., 172,00—177,00, Braugerste —,—, Futter- und Industriegerste 170,00—190,00, neue Wintergerste 158,00—170,00, Hafer märk. 177,00—185,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 33,50—40,25, Roggenmehl 23,00—25,60, Weizenkleie 10,50—11,00, Roggenkleie 10,20—10,70, Viktoriaerbsen 26,00 bis 30,00, Kl. Speiseerbsen 24,00—27,50, Futtererbsen 19,00—20,00, Peluschken 22,00—24,00, Ackerbohnen 17,00—18,50, Wicken 21,00—23,50, Lupinen, blaue 19,00—20,00, Lupinen, gelbe 24,00—26,00, Seradella —,—, Rapskuchen 10,60—11,60, Leinkuchen 15,80—16,50, Trockenschnitzel 8,50—9,25, Soya-Extraktionsschrot 14,00—15,10, Kartoffelflocken 16,20—16,70.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 16. Juli. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 110,00, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinnickel (98—99%) 350. Antimon-Regulus 48,00—50,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 47,25—49,25. Gold im Freiverkehr —,—, Platin —,—.

Edelmetalle. Berlin, 16. Juli. Silber 900 in Stäben je Kg. 47,25—49,25, Gold im freien Verkehr je 10 Gramm 28—28,20 Platin im freien Verkehr das Gramm 5—7.

Metalle. Warschau, 16. Juli Es wird notiert für 1 Kg. in Złoty: Bankazinn in Blöcken 8, Hüttenblei 1,15, Zink 1,15 Antimon 2, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4—4,80, Messingblech 3,60—4,80, Zinkblech 1,28.

Was geht in Südslawien vor?

König Alexanders Diktatur.

Durch die gesamte Weltpresse gingen kürzlich Meldungen über die Mißhandlungen einer deutschen Schriftleiterin in einem Belgrader Gefängnis — nur die südslawischen Zeitungen haben kein Wort darüber gebracht. Im Lande herrscht ein strenges Regime, welches nicht kritisiert werden darf. Indessen gehören barbarische Mißhandlungen und Folterungen in Südslawien zur Tagesordnung. Liegt das im Wesen der Diktaturregierung König Alexanders und seines Freundes, des Generals Zimkowitsch?

Es wäre irrtümlich, zu glauben, daß Folterungen erst mit der Proklamierung der Diktatur in Serbien aufgetaucht sind. Dieselben Methoden wurden schon früher gehandhabt; in der letzten Zeit haben sie nur eine Verschärfung erfahren. Seit der Gründung Südslawiens nach dem Weltkrieg gingen die Serben dazu über, die anderen Völker, die in dem Gebiet des Königreichs Südslawien leben, mit allen Mitteln zu unterdrücken. Dabei wurde keine Rücksicht darauf genommen, daß alle diese unterdrückten Nationalitäten — Mazedonier, Montenegriner. Slowenen, Kroaten — mit den Serben blutsverwandt sind. Führend unter den unterdrückten Völkern Südslawiens, führend in zahlenmäßiger, kultureller und moralischer Hinsicht waren die Kroaten. Die kroatische Bauernpartei unter Leitung von Stephan Raditsch hat es gewagt, den Kampf gegen die Unterdrücker offen aufzunehmen. Der kroatische Block, der aus der Bauernpartei und den unabhängigen Demokraten unter Führung von Pribischewitsch bestand, war stark genug, um das parlamentarische System Südslawiens zu unterwühlen; er war aber zu schwach, um zu siegen. Als die Serben sahen, daß die Kroaten sich allzu energisch zur Wehr setzten, wurden sie ganz „energisch": der Kroatenführer Raditsch wurde im Saal des Belgrader Parlaments von einem serbischen Abgeordneten ermordet. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß der Mörder in geistiger Fühlung mit der berüchtigten „Weißen Hand" stand, einer Organisation, die einige Zeit nach der Ermordung Raditschs einen trockenen Putsch in Südslawien ausführte und die Macht an sich riß. So begann die außerparlamentarische Aktion der Serben im Parlament selbst.

Die Diktatur wurde in Südslawien proklamiert, um den Serben die Möglichkeit zu geben, den Widerstand der unterdrückten Nationalitäten zu brechen. Das parlamentarische Regime lieferte diesen Nationalitäten allzuviele Mittel zu ihrem Verteidigungskampf. Die Diktatur sollte ihnen die Waffen ganz aus der Hand reißen. In der Tat begann nach der Proklamierung der Diktatur ein Zerbröckeln der antiserbischen Front. Die Autorität des Königs Alexander war groß genug, um die Kroaten wenigstens für die nächste Zeit zum Einlenken zu veranlassen.

Bald aber stellte es sich heraus, daß auch das neue Regime keine Befriedung für das Land gebracht hat. Im Gegenteil: die oppositionelle Front ist nur noch gewachsen. Denn unter dem Druck der Diktatur sind auch mehrere serbische Parteien zur Opposition übergegangen. So etwa die Demokraten unter Führung von Ljuba Dawidowitsch, ein Teil der Radikalen, die den Prinzipien des verstorbenen großen serbischen Staatsmannes Paschitsch treu geblieben sind, und schließlich die serbische Bauernpartei. Nur eine Splittergruppe der Demokraten unter Führung von Marinkowitsch und ein Flügel der Radikalen unter Führung von Wukitschewitsch bekannten sich zum Diktatursystem. Die Folge dieser neuen Situation war, daß die Diktaturregierung des Generals Zimkowitsch sich zur Verschärfung des Terrors veranlaßt sah. Die Liste der Opfer dieses Terrors ist überaus groß. Auf ihr sind viele in Südslawien sehr bekannte Namen zu lesen. Verbannung ins Ausland und Verschickung in unwirtliche Gegenden Südslawiens, Gefängnisstrafen und nicht zuletzt Folterungen — das sind die altbewährten Methoden, die heute in Südslawien in neuer Blüte stehen.

Es ist ohne weiteres klar, daß durch den Terror die Sympathien der Bevölkerung zur heutigen jugoslawischen Regierung nicht gerade gefördert werden, was wiederum nur zur Verstärkung des Terrors führt. Die Isolierung der Diktatur wächst. Eine sorgfältig durchdachte Weltanschauung, wie etwa bei dem italienischen Faszismus hat sie nicht. Und so ist ihr Ende nur eine Frage der Zeit. Sie kämpft erfolgreich gegen die alte serbische Korruption und Vetternwirtschaft. Aber sie verfügt über keine schöpferischen Ideen. Durch Gewalt allein konnte sich bis jetzt noch keine Regierung auf die Dauer behaupten. Anders dürfte es auch der serbischen Königs- und Generals-Diktatur nicht ergehen.

Pilsudski will nicht reden.

Die von der Presse vielbesprochene Nachricht, daß Marschall Pilsudski die Absicht habe, die am 10. August d. J. in Radom stattfindende Jahrestagung der Legionäre dazu zu benutzen, um eine große politische Rede zu halten, trifft anscheinend nicht zu. Das in Warschau veröffentlichte amtliche Programm der Jahrestagung der Legionäre in Radom enthält nichts von einer Rede des Marschalls. Demnach werden politische Reden nur Premierminister Oberst Sławek und General Rydz-Smigly halten. Ein Besuch des Marschalls in Radom ist im Programm gar nicht vorgesehen. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß Marschall Pilsudski trotzdem zur Tagung nach Radom gehen wird; doch wird er höchstwahrscheinlich mit einer politischen Rede nicht aufwarten.

Konferenzen der Regierung in Warschau.

Warschau, 17. Juli. (Eigene Meldung.) Am 15. d. M. empfing Ministerpräsident Sławek den Delegierten Polens zu den Ausgleichsverhandlungen in Paris, Direktor Mrozowski. Hierauf konferierte er der Reihe nach mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Matakiewicz, dem Verkehrsminister Kühn, dem Innenminister Składkowski, dem Minister für Agrarreform Staniewicz. Nachmittags fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Konferenz in Wirtschaftsfragen Danzigs statt, an der u. a. der Finanzminister Matuszewski, der Justizminister Car, der Unterstaatssekretär im Außenministerium Wysocki und der Unterstaatssekretär im Ministerium für Industrie und Handel Kożuchowski teilnahmen.

Am 16. d. M. empfing Herr Sławek zuerst den Innenminister Składkowski, hierauf den Justizminister Car. Den Konferenzen mit diesen beiden politisch maßgebendsten Ministern wurde in politischen Kreisen besondere Beachtung geschenkt, und zwar im Hinblick auf die auf den 18. d. M. anberaumte Sitzung des Senats. Man ist darauf gespannt, ob die Vertagung der Session des Senats prompt vor der Sitzung erfolgen oder eine interessante Modifikation des üblichen Vorganges eintreten wird.

In den letzten zwei Tagen wurde auch eine gesteigerte Regsamkeit einzelner Gruppen des BB-Klubs beobachtet. Am 15. d. M. hielten im Sejmgebäude eine Anzahl von einflußreichen BB-Abgeordneten, die den Obersten politische Gefolgschaft leisten, eine Beratung ab. Am 16. d. M. beriet eine Gruppe von Abgeordneten, welche der quasi-oppositionell gesinnten Arbeitsvereinigung von Stadt und Land angehören.

*

Sanierer der Sanacja.

Von den inneren Fronden des Sanierungslagers ist die Arbeitsvereinigung von Stadt und Land diejenige, welche den oppositionellen Parteien am sympathischsten erscheint. Das Organ dieser Gruppe „Przełom" wird daher oft zitiert und dessen Ausführungen werden mit Wohlwollen glossiert. Die Bedeutung dieser Gruppe wird aber von der Opposition zu Propagandazwecken übertrieben. Das, wofür diese Gruppe plädiert, ist recht unklar und widerspruchsvoll. Sie möchte, daß das Nach-Mai-Lager eine innere „Reinigung" vornehme und daß es sich mit einem politischen Programm versehe. Offenbar meint diese Gruppe, daß für beide Unternehmungen die Zeit noch nicht vorbei sei. In welcher Richtung sich die Ideen der Arbeitsvereinigung bewegen, zeigt der Verlauf einer politischen Diskussion, welche neulich im sanierungsfreundlichen Sozialen Klub in Lublin stattfand, wobei die Führer der Arbeitsvereinigung, die Abgeordneten Lechnicki und Stypiński, die Ziele ihrer Gruppe darlegten. Abg. Stypiński betonte, daß die vom 8. Kongreß der Legionäre ausgegebene Losung der Sanierung der Sanacja durchgeführt werden müsse, und daß **„die politische Situation die schleunigste Konsolidierung der demokratischen Elemente auf der Plattform der Losungen der Mai-Revolution erfordere."** Der Losungen, die nach dem Maiumsturz ausgegeben wurden, gab es ein ganzes Bündel. Auch das Wort „demokratisch" wurde oft vernommen. Aber was im Sanacjalager unter „demokratisch" verstanden wird, müßte erst durch eine gelehrte Enquete festgestellt werden.

*

Szymański beim Staatspräsidenten.

Der Präsident der Republik weilt ungeachtet der Verordnung seiner Ärzte, sich einer Kur in Karlsbad zu unterziehen, in Spala und führt dort eine ihm notwendige Kur durch. Am 15. d. M. ist der Präsident zur Mittagszeit in Warschau eingetroffen und hielt sich hier bis zum Abend auf, worauf er nach Spala zurückfuhr. Während seines kurzen Aufenthalts in Warschau empfing der Präsident den Senatsmarschall Szymański und hielt mit ihm eine Beratung ab.

Wahlblock des Zentrolinken.

Ein Manöver des Abg. Witos.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 17. Juli. Am 15. d. M. hielten die parlamentarischen Klubs der drei Bauernparteien: „Wyzwolenie", „Piast" und „Bauernpartei" im Sejmgebäude vertrauliche Beratungen ab. Aus den geschlossenen Konventikeln sind jedoch durch Indiskretionen von Teilnehmern einige nicht uninteressante Nachrichten über den Gegenstand der vertraulichen Debatten in die Wandelgänge und hierauf in die Presse gelangt. Laut diesen Nachrichten berieten der Wyzwolenie-Klub und der Klub der Bauernpartei über ein Angebot, das Abg. Witos diesen Klubs in einem an sie gerichteten Briefe gemacht hatte. Witos schlug nämlich vor, **daß die drei parlamentarischen Bauernklubs,** ohne die Vereinigung der drei Parteien abzuwarten, **sich schon jetzt auf dem parlamentarischen Terrain zusammenschließen und dort einen gemeinsamen Bauernklub bilden.**

Von boshaften Journalisten, die Grund zur Bosheit haben, weil sie dem Regierungslager angehören, wird dieser Vorschlag des Abg. Witos als Versuch gedeutet, das Kommando über alle drei Bauernklubs an sich zu reißen. Dazu sei der Augenblick besonders geeignet, da zwei Bauernparteien nahezu führerlos seien. Der Präses der Bauernpartei Jan Dąbski sei durch Krankheit sehr heruntergekommen und daher politisch wenig aktiv. (Er hat am Krakauer Kongreß nicht teilgenommen.) Die Parteileitung besorgt Abg. Wrona, der sich in der Partei einer geringen Popularität erfreut. In der „Wyzwolenie"-Partei sehen die Dinge nicht viel anders aus. Nach der Kaltstellung des gew. Vizemarschalls des Sejm Woźnicki, der ein „richtiger" Parteiführer war, mangle es der „Wyzwolenie"-Partei an einem Chef von Qualitäten, die jetzt der Partei sehr erwünscht wären. Róg sei nur ein notdürftiger Ersatz. Diese innere Lage in den zwei radikalen Bauernparteien möchte nun Witos nützen und sich zum Beherrscher der gesamten Bauernschaft emporarbeiten.

Wie Eingeweihte versichern, ist dieses Manöver dem Abg. Witos von seinen Gegnern in den beiden umworbenen Klubs durchkreuzt worden. Beide Klubs beschlossen, **auf den Vorschlag des Abg. Witos keine positive Antwort zu erteilen.**

Der Klub der Bauernpartei beschäftigte sich außerdem mit der Frage der Aufnahme der drei Sezessionisten aus dem BB-Klub. Der Bauernklub, der am Zustandekommen dieser Sezession unzweifelhaft mitgewirkt hatte, hat es — wahrscheinlich im Hinblick auf etwaige weitere Pläne — für gut befunden, von der Aufnahme der Sezessionisten in den Klub noch Abstand zu nehmen.

Außer diesen Angelegenheiten parteipolitischen und organisatorischen Charakters kam in den vertraulichen Beratungen auch **die Frage der nächsten Parlamentswahlen** zur Sprache, die, wie allgemein angenommen wird, im Herbst stattfinden sollen. Die Führer der drei Parteien ließen deren Mitglieder die Möglichkeit der **Aufstellung einer gemeinsamen Wahlliste der Zentrolinken** in Erwägung ziehen, worüber übrigens ein zustimmender Beschluß der Parteivorstände seit Monaten vorliegt.

Diesem Plan wurde in allen drei Parteiversammlungen begeistert zugestimmt, sodaß damit zu rechnen ist **daß sich das gesamte demokratische Lager in Polen bei den nächsten Parlamentswahlen zusammenschließen werde — zur Aufstellung einer gemeinsamen Wahlliste.** Dieser Wahlblock würde sich, der sozialistischen Presse zufolge, zusammensetzen aus: der **Polnischen Sozialistischen Partei,** der **Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei,** der **Ukrainischen Sozialistischen Partei,** der **Wyzwolenie,** der **Piastengruppe,** der **Nationalen Arbeiterpartei** und der **Christlichen Demokratie.**

Moskau protestiert.

Riga, 14. Juli. Wie die „Taß" meldet, händigte das Außenkommissariat dem finnländischen Gesandten in Moskau eine Note ein, in der gegen die Verfolgung der Kommunisten in Finnland protestiert wird. In der Note wird u. a. betont, daß die finnischen Faszisten in den letzten Tagen 26 finnische Kommunisten, darunter einige Abgeordnete, auf sowjetrussisches Gebiet ausgewiesen haben.

Der Ministerpräsident Finnlands, Svinhufwud, hat ein Schreiben mit der Drohung erhalten, daß die kommunistische Partei Finnlands das Todesurteil über ihn gesprochen habe. Ähnliche Schreiben erhielten auch andere Kabinettsmitglieder. Die Polizei ordnete den persönlichen Schutz des Ministerpräsidenten an.

*

Bolschewistische Befestigungen an der finnischen Grenze.

Helsingfors, 16. Juli. Die Bolschewisten sind erneut an den Bau von Befestigungswerken an der Grenze Finnlands herangetreten. Beendet wurden bis jetzt die Fortifikationen im Gebiet vom Ladoga-See bis zum Finnischen Meerbusen, ferner die Befestigungen längs der Linie des Ladoga-Sees und der Ortschaften Toksowa, Osilejanjaki, Bialy Ostrów. Gegenwärtig bauen Abteilungen der Roten Armee in einer Stärke von 2500 Mann Fortifikationen im Grenzgebiet zwischen dem Dorf Nakala und Ladoga-See. Die mobilisierte Bevölkerung der Umgegend liefert in den Nächten Baumaterial. In einer Entfernung von zehn Kilometern südlich von Bialy Ostrów trifft man Vorbereitungen zur Aufstellung einer starken Artillerie. Ferner hat man mit dem Bau einer neuen strategischen Eisenbahn auf der Linie Mikulatsoł — Kawaandri längs des Ladoga-Sees und einer weiteren Eisenbahnlinie begonnen, die zur finnländischen Grenze führt.

*

Antikommunistische Bewegung auch in Schweden

Riga, 16. Juli. Aus Stockholm wird gemeldet, daß dort, ähnlich wie in Finnland, eine antikommunistische Bewegung begonnen hat. Eine Gruppe unbekannter Personen bemächtigte sich des kommunistischen Abgeordneten Malmorno und fuhr mit ihm in unbekannter Richtung ab.

*

Estnischer Protest gegen Rußland.

Reval, 14. Juli. Vor kurzem landete in der Nähe der sowjetrussischen Grenze ein durch estnische Soldaten angeschossenes sowjetrussisches Militärflugzeug mit einem Piloten und einem Beobachter. Die von den Behörden durchgeführte Untersuchung stellte fest, daß der Kompaß richtig funktioniert hatte. Der Aussage der sowjetrussischen Flieger, daß sie sich auf dem Wege verirrt hätten, wird daher nicht geglaubt, und man ist der Meinung, daß es sich um einen gewöhnlichen sowjetrussischen Kundschafterflug über estnischem Gebiet gehandelt habe. Die Flieger werden wegen illegaler Grenzüberschreitung vor Gericht gestellt werden. Gleichzeitig überreichte Außenminister Lattik dem Sowjetgesandten in Reval eine Protestnote gegen die Vergewaltigung estnischen Gebiets durch sowjetrussische Flieger.

Ein eigenartiger Flugunfall.

Der Begleiter infolge eines unfreiwilligen Loopings aus der Maschine gestürzt.

Ein nicht alltäglicher Flugunfall, bei dem ein Schüler der deutschen Verkehrsfliegerschule den Tod fand, hat sich Dienstag abend bei Warnemünde über der Ostsee ereignet.

In den späten Nachmittagsstunden war ein Heinkel-Schuldoppeldecker der Deutschen Verkehrsfliegerschule, eine Schwimmermaschine, unter Führung des Piloten Bollinger, aufgestiegen, um aus größerer Höhe photographische Aufnahmen zu machen. Begleiter war der Flugschüler Hampkens. Die Maschine befand sich gerade in einer Höhe von etwa 1000 Metern, als Bollinger plötzlich feststellte, daß das Höhensteuer nicht mehr richtig funktionierte, und schließlich überhaupt nicht mehr zu bewegen war, weil sich der Riemen des mitgeführten Photoapparates in den zu den Steuerflächen führenden Kabeln verfangen hatte.

Im nächsten Augenblick legte sich die Maschine vornüber, beschrieb ein regelrechtes Looping und flog schließlich in der Rückenlage weiter. Bei dem Überschlag stürzte der Begleiter Hampkens aus seinem Sitz heraus,

während Bollinger, der ebensowenig wie sein Fluggast durch Tragegurte am Sitz befestigt war, sich, während er mit dem Kopf nach unten hing, mit aller Kraft am Steuerhebel festklammerte. Während das Flugzeug in der Rückenlage, also mit den Schwimmern nach oben, allmählich immer tiefer sackte, ohne jedoch abzustürzen, versuchte der Führer in seiner furchtbaren Lage, den Riemen des Photoapparates herauszuzerren und dabei gleichzeitig durch Betätigung der Querverbindung und des Seitenruders die Maschine flugfähig zu erhalten.

Im letzten Augenblick gelang es ihm, die Störung am Leitwerk zu beheben und, kaum 100 Meter über dem Wasser, den Doppeldecker wieder in die Normallage zu bringen und glatt auf dem Meere niederzugehen. Die Suche nach der Leiche des abgestürzten Begleiters war bisher erfolglos.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 17. Juli.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung mit vereinzelten Regenschauern bei abnehmenden Temperaturen an.

Unsichere Chausseen.

Bomben gegen Autos.

In unserer vorgestrigen Ausgabe berichteten wir über ein Bombenattentat gegen ein Auto auf der Chaussee bei Kurnik, bei dem das Auto zertrümmert, ein Insasse leicht und der Chauffeur schwer verletzt wurde.

Jetzt trifft eine Meldung aus Posen ein, wonach in der Nacht zum Dienstag ein ähnliches Verbrechen verübt wurde. Gegen 1 Uhr nachts befand sich ein „Praga"-Wagen Nr. 43 230 aus Znin, in welchem sich als einziger Insasse der Chauffeur Szynkowski befand, etwa 700 Meter hinter Zegrze, als plötzlich ein auf den Weg gelegtes Paket mit heftiger Detonation explodierte. Der Wagen wurde buchstäblich in die Luft gehoben und umgeworfen und stand wenige Augenblicke später in Flammen. Unter Anwendung der letzten Kräfte konnte sich der Wagenführer, dessen Verletzungen glücklicherweise nicht lebensgefährlich waren, herausarbeiten und beobachten, wie ein Unbekannter, der kurz nach der Explosion sich an dem Wagen zu schaffen gemacht hatte, im Dunkel der Nacht verschwand. Wenige Minuten darauf kam von Jarotschin her ein Auto der Firma Autoruch, dessen Insassen dem aus mehreren Wunden blutenden Verunglückten zu Hilfe eilten. An Ort und Stelle wurden Feststellungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß das Attentat vollkommen identisch mit dem bereits gemeldeten sei.

Jetzt glaubt man auch noch ein anderes Unglück auf das Konto der unbekannten Bombenleger setzen zu können. Kürzlich fuhr nämlich ein mit 30 Personen besetzter Autobus auf eine Bombe, die explodierte und einen erheblichen Schaden anrichtete, ohne jedoch Personen zu verletzen. Aus welchem Grunde die Attentate verübt werden, ist vollständig unbekannt.

Mit der Kaution von Arbeitslosen gründen Schwindler eine Bank.

Die kleinen Schwindeleien und Betrügereien ziehen nicht mehr. Das haben die Gauner längst erfaßt, und ihre Tricks werden daher immer raffinierter. Sie arbeiten nicht mehr allein, sondern in Kolonnen, benutzen zu ihren Zwecken Autos und Autobusse, mit denen sie die Betrügereien ausüben, gründen „riesige" Kreditgesellschaften — die nur ihnen allein Kredite verschaffen sollen, gründen Unternehmen, mit denen sie allen Arbeitslosen Geld und Arbeit liefern wollen — die Arbeitslosen sind sie selbst natürlich — „gründen" selbst Banken zu dem gleichen unehrlichen Zweck.

So verhaftete die Warschauer Polizei zwei geriebene Betrüger, den ehemaligen Starosten von Biala Podlaska, Alfred Konopka, und seinen „Teilhaber" (an Glück und Unglück) Alexander Piechowiak. Beide hatten eine fiktive Bank unter dem Namen Spółdzielczy Bank Pracy gegründet, deren „Sitz" dreimal verlegt wurde, ehe man daran ging, die Bank „auszubauen". Dieser Ausbau bestand darin, daß die beiden „Direktoren" eine Anzahl stellungsloser Bankbeamten anstellten und sich eine Kaution von je 2000 Złoty zahlen ließen, die sie aber nicht in einer Bank einzahlten, sondern in die eigene Tasche wandern ließen, worauf sie den betreffenden Angestellten Anteilscheine der „Genossenschaftsbank" auf die Summe der Kaution überreichten. Es wurden sogar Statuten der Bank ausgearbeitet und im Handelsgericht eingereicht, das sie jedoch nicht bestätigte. Als einer der Angestellten am Monatsersten sein Gehalt nicht bekam und daraufhin die Rückgabe der Kaution forderte, wurde seine Forderung abgelehnt. Daraufhin setzte der Betreffende die Kriminalpolizei in Kenntnis, die sich sodann für das saubere Unternehmen interessierte und die „Gründer" festnahm.

§ **Noch eine Stadtverordnetensitzung.** Trotz der bereits angekündigten Parlamentsferien, hat der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Faustyniak für den heutigen Donnerstag eine Stadtverordnetensitzung anberaumt. Auf der Tagesordnung steht lediglich die Bestätigung des durch die Wojewodschaft geprüften Budgets.

§ **Der Schrei nach Steuern.** Das Finanzministerium hat nach denjenigen Finanzämtern Inspektoren des Steuerdepartements entsandt, die in letzter Zeit schwächere Steuereingänge aufgewiesen haben. Wie verlautet, sollen die Inspektoren vor ihrer Abreise genaue Weisungen erhalten haben, wieviel Steuern die Bezirke der einzelnen Kammern zu liefern hätten.

§ **Lotterielose in Postämtern?** In der staatlichen Lotteriedirektion finden gegenwärtig Beratungen über Änderungen in der Organisation statt. U. a. wird ein Projekt erörtert, laut dem die Postämter Lotterielose verkaufen sollen.

§ **Der achte Renntag in Karlsdorf** war vom Wetter begünstigt. Im Flachrennen über 850 Meter rechnete man allgemein auf einen Sieg der „Legenda" unter Tucholka, während „Czamara" unter Tobiasz das Rennen machte. Der Totalisator zahlte 54 : 10. Im Hürdenrennen gewann der Favorit „Le Merlot" unter Rzyski, zweiter wurde Korea. Toto 13 : 10, 12, 15 : 10. Im Flachrennen über 1600 Meter ging „Mnich" unter Lipowicz vor „Zbir" durchs Ziel. Toto: 14 : 10, 13, 14 : 10. Im vierten Rennen, ebenfalls Flachrennen über 1600 Meter, nahmen 10 Pferde teil, von denen „Dziecina" unter Lipowicz vor „Basia II" durchs Ziel ging. Dritter wurde „Antypka", für die der Toto 153 : 10 zahlte; Basia II brachte 46 : 10 und der Sieger nur 15 und 13 : 10. Im Hürdenrennen über 2400 Meter gewann „Jegomość" sicher vor „Silesia II". Toto: 35 : 10, 29, 41 : 10. Im Hindernisrennen über 4200 Meter gewann „Horodenka" unter Leutnant Bobinski vor „Ulan". Toto 14 : 10.

§ **Schwerer Autounfall.** Am 15. d. M. ereignete sich in der Berlinerstraße (Św. Trójcy) ein schweres Autounglück. Der Schwedenbergstraße (Ks. Skorupki) 25 wohnhafte Stefan Maksymiljan steuerte sein Auto, das sich plötzlich aufbäumte und überschlug, den Insassen unter sich begrabend. Herbeieilende Passanten machten sich sofort an die Bergung des Autolenkers, der schwere Verletzungen davongetragen hat. Er wurde durch die Rettungswache in das Städtische Krankenhaus geschafft. Die Ursache des ungewöhnlichen Unfalls ist noch nicht aufgeklärt.

§ **Einbrüche und Diebstähle.** Einbrecher drangen in eine Wohnung des Hauses Teichstraße (Stawowa) 30 ein und stahlen eine silberne Uhr, ein Plätteisen und eine Fleischmaschine im Gesamtwert von 61 Złoty. — Stanisław Bukowski, Breitestraße (Rupienice) 17, wurde Bauholz im Werte von 300 Złoty entwendet. — Der Schwester Martha Kujat, Thornerstraße 7, stahlen Diebe 50 Złoty. — 15 Pfund Butter und 10 Mandeln Eier wurden der Frau Antonie Pieczka aus dem Keller im Hause Danzigerstr. 109 gestohlen.

§ **Verhaftet** wurden im Laufe des gestrigen Tages fünf Personen wegen Diebstahls, vier wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, drei wegen Vagabundierens und eine Person wegen Trunkenheit.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Bienenverein. Sitzung am 20. bei H. Borkowski in Zimne Woda um 2 Uhr. (3577

* * *

* **Sadke** (Sadki), 16. Juli. Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem Gute Kraczki. Ein 60jähriger Gutsarbeiter fiel so unglücklich vom Wagen, daß ihm die Räder über den Brustkorb gingen. Nach einigen Stunden verschied der Unglückliche an den erlittenen schweren Verletzungen.

* **Markowitz** (Markowice), 16. Juli. Von einem überaus traurigen Unglück betroffen wurde am Montag der auf dem Gute Markowitz angestellte Chauffeur Andrzej Bandock, und zwar überfuhr er beim Hineinstoßen eines Lastautos in die Garage sein eigenes dreijähriges Söhnchen, das, ohne vom Vater bemerkt worden zu sein, herbeigelaufen war, um dem Vater behilflich zu sein. Die Verletzungen, die das Kind erlitt, waren derart schwere, daß das Kind auf der Stelle verschied.

* **Inowrocław**, 16. Juli. Scharfschießen in Plawinek. Die Inowrocławer Kreisstarostei gibt bekannt, daß an den Tagen des 21., 22., 23., 24., 25., 26., 28. und 29. Juni auf dem Übungsgelände in Plawinek Scharfschießen stattfinden. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Sicherung der Wege von Posten des 59. Infanterieregiments ausgeübt wird und daß daher den Anordnungen dieser Posten unbedingt Folge zu leisten ist.

* **Mogilno**, 17. Juli. **Am 14. d. M., abends gegen 9½ Uhr, reinigte der bei der Bank Ludowy tätige Czesław Barylski seinen Browning. In der Annahme, es sei keine Kugel mehr im Lauf, zielte er scherzeshalber auf seinen achtjährigen Bruder Edmund, drückte los und eine Kugel traf den Unglücklichen ins Herz, so daß dieser sofort zusammenbrach. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.**

ꝏ **Pudewitz** (Pobiedziska), 16. Juli. Eingebrochen wurde in der Nacht zum Dienstag bei dem Gastwirt Papajewski in Biskupitz. Die Diebe entwendeten Getränke, Zigarren, Zigaretten und Kolonialwaren.

v. **Więckowic**, 17. Juli. Betrunkene erschießen Straßenpassanten. **Auf dem Sommerfest der hiesigen Feuerwehr hatten mehrere junge Leute zu viel des „Guten" getrunken. In betrunkenem Zustande zogen sie die Straße entlang und gaben mit dem Browning mehrere Schüsse ab. Der verheiratete Szczyla und ein junger Mann wurden beide tödlich getroffen.**

v. **Wrzesnik**, 17. Juli. Auto tötet ein Kind. Auf der Straße spielte das fünfjährige Mädchen Helene Müller. Ein Auto, welches von dem Chauffeur Wladislaus Twardowski gesteuert wurde, überfuhr das Kind, das nach kurzer Zeit verstarb. Angeblich soll der Chauffeur keine Berechtigung zum Fahren gehabt haben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Wilna**, 17. Juli. Das hiesige Appellationsgericht beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Mordprozeß gegen den Veterinär Ignatz Wroblewski aus Lida, der seine Verlobte, ein junges Mädchen, mit dem er seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis unterhielt, in bestialischer Weise gevierteilt hatte. Das Bezirksgericht in Wilna hatte ihn zum Tode durch den Strang verurteilt. Das Appellationsgericht hob das Todesurteil auf und verurteilte den Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus.

* **Krakau** (Kraków), 17. Juli. Flugzeugunfall eines polnischen Teilnehmers am Europarundflug. Ein polnisches Flugzeug, das gestern aus Krakau nach Warschau startete, um von hier aus zum Europarundflug den Flug nach Berlin anzutreten, verunglückte unweit von Krakau. Das Flugzeug hatte Motorschaden und wurde vollkommen zertrümmert. Der Flieger trug schwere, sein Begleiter leichtere Verletzungen davon.

Kleine Rundschau.

* **Deutsche Schulkinder in England.** London, 16. Juli. Eine Gruppe deutscher Schulkinder, die gegenwärtig in Birmingham weilt, besuchte am Sonnabend die Hauptfeuerwache der Stadt, wo die Feuerwehrkapelle sie mit der deutschen Nationalhymne begrüßte, während die deutsche Flagge gehißt wurde. Die jungen Besucher waren sehr begeistert über eine Feuerlöschvorführung, die ihnen zu Ehren veranstaltet wurde. Sie sind als Gäste bei Familien in Birmingham untergebracht, und wo sie bei ihrer Rückkehr die Kinder ihrer Gastgeber als Gäste nach Deutschland mitnehmen.

* **Flaschenpost eines der Opfer des Bornholmer Flugunglücks.** Kürzlich hat ein Strandbesucher in Großmöllen eine Flaschenpost gefunden. Der in der Flasche befindliche Zettel lautet: **„Lebt alle wohl! Bei Bornholm im Flugboot gestrandet. Kräfte sind zu Ende! Grüße Ursula! Dein (Name unleserlich)."** Dem Inhalt nach muß angenommen werden, daß es sich hierbei um eine letzte Nachricht eines der bei dem Flugbootunglück bei Bornholm vermißten Passagiere handelt. Die Weiterleitung dieser Nachricht an die zuständigen Stellen ist erfolgt.

* **„Graf Zeppelin" ändert seine Fahrtroute.** Hamburg, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, hat der Kapitän Lehmann im Einvernehmen mit den Passagieren die Fahrtroute geändert. „Graf Zeppelin" wird Island anfliegen und über Frankreich zurückkehren.

* **Eisenbahnunglück in Siebenbürgen.** Bukarest, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im nördlichen Siebenbürgen stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Beide Lokomotiven und mehrere Wagen wurden zertrümmert. Eine Person wurde getötet, etwa 20 schwer verletzt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 17. Juli 1930.

Krakau + —, Zawichost + 0,52, Warschau + 0,57, Płock + 0,11, Thorn — 0,20, Fordon — 0,25, Culm — 0,40, Graudenz — 0,27, Kurzebrak — 0,05, Piekel — 0,82, Dirschau — 1,32, Einlage + 2,24, Schiewenhorst + 2,48.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: i. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 163

Für die uns anläßlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Ehren und Glückwünsche sagen wir Allen, besonders Herrn Pfarrer Gürtler, Graudenz und dem Lindenbrücker Posaunenchor unsern

herzl. Dank.

Ed. Steuk und Frau.

Gurkingen, im Juli 1930. 3576

Fräul. TURAY

das hellseherische Phänomen auf der Durchreise nach Amerika nur

8 Tage in Bydgoszcz.

Eine jung. Ungarin, d. m. erstaunl. medialen Fähigkeiten ausgestattet ist, sieht im Trancezustand Vergangenheit und Zukunft jedes Menschen, stellt mit verblüffend. PräzisionKrankheitsdiagnosen, lüftet den Schleier, den geheimnisvolle selische Vorgänge gewoben. Ein Lichtbild oder die Handschrift einer Person genügt **Turay** für d. Seance; vor ihrem geistig. Auge rollt d. Lebenslauf dieses Menschen ab, von der früh. Vergangenh. bis in d. fern. Zukunft. In mistisches Dunkel gehüllte Kriminalfälle hat Turay mit bewundernswerter Sicherheit und Genauigkeit dank ihrer hellseherischen Fähigkeiten zu lösen vermocht.

Fr. Turay ist in Begleitung des Experimentators und Sekretärs in **Bydgoszcz, Jagiellońska 55,** ptr., l. abgestieg. Sprechst. v. 10–12 Uhr vorm. u. 5–8 Uhr nachm. Polizeilich genehmigt. 3585

Großer Räumungsverkauf

von Waren für fremde Rechnung

heute und in den folgenden Tagen

von 8 Uhr ab in der **Mostowa 9** (Brückenstraße).

Zum Verkauf gelangen:

Damenhüte, Garnier-Artikel, Herrenhüte, Mützen, Galanterie-Artikel, Oberhemden, Handschuhe, Sweater und verschiedene andere verwandte Artikel. 7651

Michał Piechowiak,

vereidigter Taxator und Auktionator.

Ziegelsteine I. Kl.

großes Format und gut durchgebrannt, hat billig abzugeben 7917

Dampfziegelei Kitnowo,

poczta Boguszewo, pow. Grudziądz.

Aufruf!

Zwecks Erbregelung in der Strauch'schen Sache wird gebet., daß **Willi Beltzke,** geb. 1904 in Schönhagen, letzt bek. Aufenth. 1920 i. Schrötersdorf (Bromberg), seinen jetzigen Wohnort an folg. Adr. angibt: **Ferdinand Friedrich,** Radojewice, p. Piranie, pow. Inowrocław. 7915

Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen

Fr. Skubinska,

7744 Sienkiewicza 1a.

Lehrer ert. **Nachhilfeunterr.** i. Deutsch, Poln. u. Mathemat. Off. u. **A.** 3538 a. d. Geschst. d. Ztg.

Tapeten!!

7353 **Pomorska 8**

Hausschuhe aus abgetrag. Kleidungsst. fert. gut u. billig an **M. Krüger,** Wilczak, Czarnieckiego 5.

Bydgoszcz, Tel. 18–01

Dr. v. Behrens

bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung-, Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3,

beim Schlachthaus.

Guter, kräftiger 7453

Mittagstisch

3 Gänge 1,50; **Mittag, Kaffee und Abendbrot 3,00; den ganzen Tag Verpflegung 4,00.**

Restaurant

Hugon Kiełczyński,

Bydg., Kordeckiego 1.

Fahrrad 195,–

Mantel 6,–, Schlauch 3,–, Pedale 4,80, Kette 4,00, Griffe 1,00, sämtl. anderen Ersatzteile verkauft am billigsten. 3501 Reparaturen sofort!

„Rower" Gdańska 41

Geldmarkt

Mit 20–25 Tausend

suche von sofort zu einem gutgehenden Geschäft gegen Sicherheit

stillen Teilhaber.

Verdienst bis 50%.

Offerten unt. **M.** 3543 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Heirat

Hübsch., häusl. Mädch., 24 Jahre a., dunkelbl., elternlos, mit selbsterworb. nöt. Aussteuer, möchte gerne ihr **Heim** hab. m. gutherz. Herrn. Nur ernstgem. Zuschr. sind unt. **U.** 3552 an die Geschst. d. Zeitg. einzus.

Jg. Mädch., Buchhalt., 23 J., 8–10000 Zł. Verm. u. Ausst., sucht Herren

zw. später. Heirat

kennen zu lernen. Off. unter **Z.** 3558 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Landwirtstochter,

evgl., 7000 Zł. Vermögen wünscht a. d. Wege mit Landw. i. Verb. z. treten

zwecks Heirat

Herren v. 37–45 Jahren m. gut. Charakt. können sich meldem mit Ang. der Verhältnisse. Gefl. Offert. unt. **E.** 3582 a. die Geschst. d. Ztg. erb.

Gutsbesitz.-Tochter

m. größ. Verm., 24 J. a., evgl., blond, wirtschaftl. erzog., Lyzealbildung, möchte entsprech. Herrn bis 35 J. in sich. Lebensstellung zwecks baldig.

Heirat

kennen lernen. Einheir. in Gut auch angenehm. Ernstgem. Zuschr. mit Bild unter **E.** 7985 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Besitzersohn, evgl., 26 J. alt, sucht Damenbektsch. zwecks **späterer Heirat.** Offerten unter **B.** 3569 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stellengesuche

Infolge Umstellung der Wirtschaft bin ich gezwungen, meinen verheirateten zweiten

Beamten Jaworski

der acht Jahre auf dem Nebengut Fröde gewirtschaftet hat, zu entlassen. **Berufsgenossen,** die einen zuverlässigen Beamten für ähnliche Stellung suchen, empfehle ich **Jaworski** bestens u. bin zu weiteren Auskünft. bereit.

E. Hasbach, Hermanowo

p. Starogard. 7824

Evgl. Landwirtss. mit 4jähr. Praxis, poln. Spr. mächtig, vom Militär zurückgek., Kav., gestützt auf gute Zeugn., sucht weiter Stellung als

landw. Beamter.

Off. u. **H.** 3533 a. d. G. d. Z.

Landwirtssohn

24 J. alt, m. 3½ jähr. Praxis auf intensiv bewirt. Gütern, d. poln. Sprache z. Teil mächt., sucht, gestützt auf gute Zeugn. u. Empfehlung. Stellg. v. sof. od. spät. als

zweiter Beamter

Gefl. Angebote erbittet **O. Rotzoll, Czarmun,** p. Jeziorki zabart. 7886

Deutsch. Landwirt

32 Jahre alt, mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten vertr., **sucht,** gestützt auf gute Zeugnisse und Referenzen, zum 1. Okt. oder später

Bewirtschaftung oder Pachtung

einer kleineren Wirtschaft. 6–8000 Zł. Kaut. können gestellt werden. Angebote unt. **S.** 7953 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Mühlenfachmann

anf. 40 er J., evgl., verh., mit Kund.- u. Handelsmüll., jed. Mahlverf., Walzenriff., Mühlenbau und Reparat. vertraut, **sucht** sof. od. 1. 8.

Dauerstellung

in größ. od. kl. Betriebe, auch Gutsmühle, od. in groß. Mühle als **Reparateur.** Gefl. Ang. u. **M.** 7935 a. d. Gschst. d. Ztg.

Müller

23 Jahre alt, in der Müllerei sowie Führg. sämtl. neuzeitl. Masch. vollkommen vertraut, **sucht** von sogl. od. später **Stellg.** Gefl. Offert. an

St. Dorn, Mrocza,

ul. Wodna 70. 7914

powiat Wyrzysk.

Jüng. Müllergeselle

Dampf- u. Windmühlenbetr. vertraut, **sucht dauernde Stellg. Kurt Drawert, Jaworze,** pocz. Książki. 7896

Gärtner– Chauffeur

unverh., 25 Jahre, **sucht Stellg.** von gleich oder später. Off. unt. **C.** 3574 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Verh. Gärtner

sucht von sofort oder 1. Oktober d. Js.

Dauerstellung.

Meld. zu richt. u. **F.** 7902 an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Junger

Schneidergeselle

(Waise) **sucht Stellung** bei fr. Station u. kl. Wochenlohn. 7995

Bruno Krick, Budzyń,

pow. Chodzież.

VOM 2. BIS 16. SEPTEMBER 1930

X. JUBILÄUMS-OSTMESSE

IN LWÓW

DIE WIRKSAMSTE PROPAGANDA ZUM VERKAUF DER INLANDSERZEUGNISSE

LETZTER TERMIN DER ANMELDUNGEN FÜR DIE AUSSTELLER IST DER 1. AUGUST 1930

VERSPÄTETE ANMELDUNGEN ZUR ERLANGUNG VON STÄNDEN KÖNNEN NICHT BERÜCKSICHTIGT WERDEN

AUSKÜNFTE ERTEILT UND ANMELDUNGEN NIMMT AN: BIURO TARGÓW WSCHODNICH IN LWÓW, PLAC WYSTAWOWY TELEFON NR. 9-64.

Forstlehrling

16¾ J. alt, nach 1½ jähr. Praxis, gute Schulbildung, Sohn achtbarer Eltern, sucht nach Erlaubn. des Lehrherrn anderweitige **Lehrstelle** zur weiteren Ausbildung. Beste Empfehlungen stehen mir zur Seite. Off. u. **F.** 7988 a. d. Gesch. d. Ztg. erbet.

Hauslehrerin

m. poln. Unterrichtserl. **sucht** ab 1. Septbr. d. Js. **Stellung** b. Anfängern. Zuschrift. unt. **K.** 3399 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Buchhalterin,

4 J. Praxis in Getreidebranche, Kenntn. in Stenogr. u. Schreibm., **sucht** p. sof. od. sp. **Stllg.** Off. u. **Z.** 3490 a. d. G. d. Z.

Deutsch-polnische

Korrespondentin-Buchhalterin sucht Stellung.

Angebote unt. **L.** 7927 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Hausdame

sucht Stellung zur selbständig. Führung eines frauenlosen Haushalts. Offerten unter **K.** 3537 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Suche Stellung als

Wirtin.

Besitze gute Kenntnisse in allen Zweigen eines vornehmen Haushalts **St. Lica, Trzcianny,** pow. Sępólno. 7987

Bess., 18 jähr. Mädchen sucht i. Bydgoszcz sofort **Lehrstelle** i. bess. Kolonialwarengesch. oder auch in and. Branche. Gefl. Offert. u. **G.** 7991 a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Besitzertochter

evg., erfahr. in all. Zw. d. Haush., **sucht** v. 1. 8. od. spät. **Stell. a. Stütze** i. Stadt- od. Landhaushalt. Offert. unt. **O.** 3545 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besser. kath. Fräulein **sucht Stellung** zum 1. 8.

als Stütze. Alleinst. Herr od. Dame bevorz. Koch- u. Nähkenntn. vorh. Off. u. **C.** 7980 a. d. G. d. Z. erb.

Erfahrenes, tüchtiges

Stubenmädchen

evgl., sucht vonsof. od. später Stellg. in groß. deutschen Hause. Ang. u. **M.** 9143 an Ann.-Exp. **Wallis, Toruń** erb. 7875

Evg. Stubenmädch.

mit Servier. u. Plätten vertr., **sucht Stellg.** zum 1. 8., am liebsten auf ein Gut. Lohnangabe erw. Offerten unter **R.** 3547 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ehrl., saub. **Mädchen sucht Aufwartung** f. den Vormittag. Off. unt. **F.** 3583 a. d. Geschst. d. Ztg.

Offene Stellen

Gesucht wird zum 1. 8. oder später lediger, militärfreier **Gärtner** für kl. Gutsgarten. 7989

Dom. Głojkowo,

p. Pieranie

pow. Inowrocław.

Tücht., flott. **Molkereigehilfen** mit nur besten Empfehlungen und **einen Lehrling** stellt ein die 3573

Nakielska Mleczarnia,

früher Schwarz.

Telefon 16.

Tüchtigen Reisenden

beider Landessprachen mächtig, für Kolonialwarenbranche **gesucht.** Bevorzugt werd. Herren, die bei den Kleinhändlern in Bromberg und Umgebung schon eingef. sind. Bewerbungen, Lebensl. u. Referenzenang. u. **T.** 3551 a. d. G. d. Z.

Zum baldigen Eintritt suchen wir für unser Fabrik-Kontor tüchtigen, jungen

Kaufmann

der schon in Fabriken tätig gewesen ist, und einen

Lehrling

mit gut. Schulbildung. Polnische Sprache erwünscht. Bewerbungen mit Angabe von Alter, bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüchen erbeten an 7950

A. P. Muscate, Sp. z o. p.,

Maschinenfabrik, **Tczew.**

Suche von sofort oder 1. 8. einen tücht. 7933

Wirtschaftsgehilfen

der mit sämtlich. landwirtschaftlich. Arbeiten vertraut ist und auch sämtl. Maschinen führ. kann, bei hoh. Lohn u. Familienanschl. Selb. muß auch das Führ. des „Fordson"-Motorpfl. übernehmen.

Friedrich Kaminski, Hofbesitzer, **Lupushorst,** bei Gr.-Mausdorf (Freistaat Danzig).

Für mein Stabeisen-, Eisenwaren-, Haus- u. Küchengeräte-Geschäft per sofort oder 1. 8. ein jüngerer 7994

Eisenhändler als Lagerist und Verkäufer

gesucht. Desgleich. ein

Lehrling

mit gut. Schulbildung. Angebote erbitte an Firma

Otto Moldenhauer Chełmża.

Suche sof. einen jünger.

Müllergesellen

für meine Holländermühle. Zeugnisabschr. u. Gehaltsansprüche an

W. Bigalke, Niewald pow. Grudziądz. 7945

Tüchtiger, unverheirat.

Müllergeselle

für meine Windmühle sofort gesucht (Uebernahme nicht ausgeschl., dann Kaution erforderlich). Offerten an **Folgmann, Zajączkowo,** poczta Nowe, powiat Swiecie. 7955

Gesucht p. 1. 8. 30 für Kolonialwarengesch. u. Restaurationsbetrieb:

Lehrling

Sohn achtb. Eltern mit guter Schulbildung. Desgleichen: **Tüchtiger Verkäufer**

Off. m. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. zu richten an **Otto Jortzick, Koronowo.** 7923

Suche z. 1. September

Hauslehrerin

für Mädchen 10 Jahre und Knaben 11 Jahre. Latein und Musik erwünscht. **Fr. Orland, Stare,** pocz. Zelgniewo, pow. Wyrzysk. 7906

Erfahrene, **evangelische**

einfache Wirtin oder Stütze

für Landhaushalt zum 1. 8. gesucht. Zeugnisabschr., Gehaltsanspr. und Bild an 7934

Frau Krause, Ernestowo,

powiat Swiecie n. W.

Einfache Stütze

w. ehrl. ist, sämtl. Hausarb. übern. u. perf. kocht, zum 1. August gesucht. Frau Fleischermeister **A. Hinz, Grudziądz,** Stara 8. 7912

Suche zum 1. 9.

evgl. Erzieherin

mit poln. Unterrichtserlaubnis f. 2 Mädchen 6–7 Jahr. Gehaltsanspr., Lebenslauf, Bild an

Frau H. Sanitz, Środka,

p. Gądki, pow. Środa. 7978

Suche

erfahrene Stütze

die gut kocht. Offert. m. Gehaltsanspr. an

Conditorei Aug. Kulinna

Grudziądz, Toruńska 6. 7971

Suche zum 15. August **junges Mädchen**

als Wirtschaftslehrling

nicht unter 18 Jahren. Taschengeld und freie Station. Frau Oberinspektor **Koch, Zipkow,** Post Großendorf, Kr. Stolp i. Pommern. 7983



Wirtin

nicht unt. 40 J., einfach aber gebildet, sparsam wirtsch., auf kl. Landgut nahe Poznań von ält. alleinst. Herrn zum 1. 8. gesucht. Damen ruh. u. häusl. Charakt. m. poln. Sprachkenntn. wollen Lebenslauf u. äußerste Gehaltsanspr. senden an Gutsbesitzer **Gemander, Piątkowo,** pocz. Poznań. 7976

Suche z. 1. 8. 30 ein evgl.

einf. Fräulein

oder

eine Frau

für größeren Landhaushalt, d. gut kochen, einwecken kann und in all. vorkommenden Arbeiten perfekt ist. Off. unter **T.** 7865 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Suche zum 1. August evangel., fleißig. 7956

Stubenmädchen

Näh- u. Plättkenntnisse Bedingung. Zeugnisabschrift. und Bild an Fr. **Elisabeth Koerner, Stołężyn,** p. Wapno, pow. Wągrowiec.

Suche zum 1. 8. evgl.

Stubenmädchen

Off. m. Zeugn. an 7975

Fr. Rasmus, Niewieścin bei Pruszcz (Swiecie).

Ev. Küchenmädchen

das melkt, auf Gut ges. v. gleich od. spät. Off. u. **B.** 7977 a. d. G. d. Z. erb.

An- u. Verkäufe

3 Landwirtschaften

bei 20, 40 u. 65.000 Zł. Anz. z. verk. **Grundtke, Bydg.,** Sniadeckich 33, Ecke Dworcowa. 3581

Suche **Privatgut,** ca. 500–1000 Mrg., z. kauf. od. pacht. Off. u. **D.** 3579 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Zu kaufen gesucht

Villa

mögl. mit Hausgarten, Nähe Bydgoszcz, bei 10–12000 Zł. Anzahlg. Offerten unter **A.** 7967 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Achtung!

Weg. Uebernahme der Wirtsch. m. Schwiegervaters beabs. ich mein **Hausgrundstück** in **Tarkowo Nr. 55,** m. ca. 15 Morg. gutem Land, Weide u. Wies., in ein. Plan am Gehöft, mit voll. Ernte preisw. zu verkauf. Grundstück befindet sich 70 Jahre i. ein. Hand, neue Gebd., evgl. Schule a. Ort, 2 km bis Chauss., 2½ km z. Bahn u. evgl. Kirche Nowawieś Wielka. Meld. a. **Franz Oestreich,** z. Zt. bei **Wilh. Kriewald** in **Solec-Kuj.,** Srednia 23. 7981

Privat-Grundstück 7986

12 Morg. gutes Land, ½ Std. von Stadt und Kirche, mit tot. u. leb. Inv., krankheitsh. sof. zu verk. **H. Kahnke, Łasin,** pow. Grudziądz.

Verk. m. 48 Morg. groß.

Grundstück

in Lamenstein. 7965

Czaikowski, Lamenstein, Freist. Danzig.

Geschäftsgrundstück

mit Kolonialwarengeschäft in welchem auch Bäckerei betrieb. werd. kann, billig **zu verkaufen oder zu verpachten.** 3565

Adele Tempel, Sokolec, pow. Chodzież

Bahnstation Szamocin

Privat-Landgrundstücke

45 Mrg. Weizenbod., Gebd. mass., tot. u. lebend. Invent., Preis 30000 Zł., Anzahlg. 15000 Zł.; **25 Mrg. Weizenbod.,** Gebd. mass., tot. u. lebend. Invent., evangel. Kirchdorf, Preis 23000 Zł., Anzahlg. 20000 Zł., zu verkaufen. Zu erfragen **„Rola", Grudziądz,** Gen. Hallera 9. 7970

Suchen Sie Käufer?

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir Güter, Landwirtschaften, Geschäfts- und Haus-Grundstücke, sowie Waldungen, Ziegeleien usw. usw.

Meckelburg & Co., Poznań W 3,

ulica Patrona Jackowskiego 35, I 7961



Für Export!

kaufe ältere starke

Arbeitspferde

auch unbrauchbare in gutem Futterzustande und bitte um Preisangabe. Angebote an die Ann.-Exp. **Holtzendorff,** Pomorska 5. 7969

1,5 To. Opel-Lastauto

in sehr gutem Zustande und 17/60 P. S.

Austro-Daimler-Limousine

sehr elegant, außerordentlich billig z. verkaufen. Günstige Zahlungsbedingungen. Angebote unter **D.** 7982 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Hausgrundstück

mit 4 Läden, 12 Proz. verzinst und eine **Villa** Todeshalb. **zu verkauf.** Off. unt. **B.** 3504 an die Geschst. d. Blattes.

Hausgrundstück

Gdańska 101 verkaufe billigst. **Hauswirt.** 3502

Suche ein **Geschäfts- od. Hausgrundst. zu kaufen.** Anzahlg. nach Vereinbarung. Off. u. **B.** 3553 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Damen- u. Herren-Friseur-Geschäft,

gutgeh., in einer klein. Stadt sof. bill. zu verkaufen. Off. u. **S.** 3480 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Bauparzellen

1 □ Mtr. 1,– **verkauft** Gdańska 41. **Kołecki.**

Möbel-Verkauf

Unter günstigen Bedingungen: Schlafzim. 650 zł, Speisez. 375 zł, Nußb.-Speisez., Vertiko 35 zł, Kommoden 25 zł, Bettgest. 23, Küch.-Schränke 15 zł, Kleiderschr. 15 zł, Aktenschrank, Sofa 35 zł, gr. Ausw. an Spiegeln, klein u. gr., Uhren 15 zł, Federbett, Korbbettgest. 10 zł, Tische, Stühle, Auflegekissen, gute und dauerhafte Chaiselongues, gebrauchte Waschtoilettenziertischch., fast neu, Singer-Rundschiff-Masch., fast neu. Herrenfahrr., Schreibtisch 65 zł, Zylinderbureau, Mahag.-Schränke, Mahagoni-Vertikos, 1 Sofa-Garnitur 175 zł. 3580

Franz Jakubowski

Bydgoszcz-Okole, Jasna 9.

Ein Geldspind zu verkaufen **Toruńska 186,** Hof 1 Tr. 3577

Kinderwagen

für 50 zł zu verkaufen **20. stycznia Nr. 30,** part. rechts. 7931

Druckpumpe mit Schlauch z. Sprengen zu verkaufen **Okole,** Grunwaldzka 33. 3570

Einen großen 7979

Breitdrescher

und ein **fast neues Roßwerk** (gut erhalt.) hat zum Verkauf

Reschke, Gruczno,

pow. Swiecki.

Wohnungen

1 Zimmer u. Küche an kinderl. Ehep. z. vm. Zu erfr. i. d. Geschst. d. Z. 3575

Groß. Laden in best. Geschäftsl. z. 1. 10. z. verm. Off. an **A.-Exp. Holtzendorff,** Pomorska 5. 7844

Möbl. Zimmer

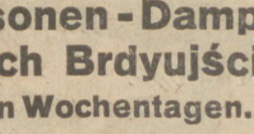
Jung. Mädchen, verlobt, sucht sof. i. Bydgoszcz **kl. nett. Zimmer** als Schlafstelle. Off. u. **H.** 7992 a. d. G. d. Z. erb.

Ein besseres, möbliert. **Zimmer** von sogleich od. später zu vermiet. 3571 **Sw. Trójcy 6,** links.

Pachtungen

Wirtschaft, 110 Mrg. 38 Mrg. Niederung dav. 25 Mrg. beste Kuhheuwiese, Rest Höhenacker, **z. verpachten.** Jahresp. 15 zł per Mrg., erforderl. 16000 zł, d. **A. Krodel, Grudziądz,** Kwiatowa 13

3584



Personen-Dampfer nach Brdyujście an Wochentagen.

Abfahrt der Dampfer ab Bydgoszcz: um 14,30 und

Ab Brdyujście um 19,00 Uhr.

LLOYD BYDGOSKI T. A.

Kino Paw, Krasińskiego 3 **Heute Premiere.** Der beste Film mit **Mozzuchin** **„Der Leidensweg der Seele"** nach der Erzählung von Dumas „Kean". Mozzuchin erklärte bei seiner Anwesenheit in Warschau den Berichterstattern, daß er als seinen besten Film den „Leidensweg der Seele" ansehe. Kolossaler Erfolg in der ganzen Welt.

3578 Anfang 7.10 9.10